

Prozesse in Arbeitssachen

Vertretung - Verfahren - Vollstreckung

Bearbeitet von
RA Dr. Frank Lansnicker

3. Auflage 2013. Buch. 1095 S. Gebunden
ISBN 978 3 8487 0047 9
Format (B x L): 17,3 x 24,5 cm

[Recht > Arbeitsrecht > Arbeitsgerichtliches Verfahren](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

NomosProzessHandbuch

Lansnicker [Hrsg.]

Prozesse in Arbeitsachen

Vertretung | Verfahren | Vollstreckung

3. Auflage



Nomos

NomosProzessHandbuch

Frank Lansnicker [Hrsg.]

Prozesse in Arbeitsachen

Vertretung | Verfahren | Vollstreckung

3. Auflage

Dr. Christoph Fleddermann, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Osnabrück | **Dr. Frank Lansnicker**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht und Verwaltungsrecht, Berlin | **Werner Leschnig**, Vorsitzender Richter am LAG, Chemnitz | **Gerd Lödige**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht und Miet- und Wohnungseigentumsrecht, Erfurt | **Nadia Schwirtzek-Schoedon**, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Medizinrecht, Berlin | **Dr. Gisbert Seidemann**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Berlin | **Gerald Wiedebusch**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Berlin | **Peter Winterhoff**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht und Steuerrecht, Erfurt | **Martin Wörle**, Rechtsanwalt und Notar und Fachanwalt für Arbeitsrecht, Berlin



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-0047-9

3. Auflage 2013

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2013. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

„Trotz zahlreicher Gesetzesinitiativen und dem Auftrag an den gesamtdeutschen Gesetzgeber, das Arbeitsvertragsrecht einheitlich neu zu kodifizieren (Art. 30 Abs. 1 Nr. 1 EV), erscheint eine solche Zusammenführung des in zahllose Einzelgesetze aufgesplitterten und durch oftmals einzelfallbezogenes Richterrecht geprägten Arbeitsrechts nach wie vor weit entfernt. Die damit verbundene Unübersichtlichkeit des deutschen Arbeitsrechts wird zudem forciert durch eine überschießende und handwerklich wenig glückliche Umsetzung europarechtlicher Vorgaben, wie etwa durch das zum 1.8.2006 in Kraft getretene AGG. Das vorliegende Handbuch schlägt das für die Praxis notwendige Licht in das Dickicht des individuellen und kollektiven Arbeitsrechts und gibt Orientierungen für die tägliche Arbeit. In diesem Sinne ist die Darstellung strikt an der aktuellen Rechtsprechung des BAG und soweit notwendig an der instanzgerichtlichen Rechtsprechung ausgerichtet.“

So lautete die Einleitung zur Erstauflage, die im Oktober 2007 geschlossen wurde. Zahlreiche Kollegen haben uns darin bestärkt, dass die Abhandlung materiell-rechtlicher Fragen an prozessualen Konstellationen das Werk in effektiver Weise für die Praxis handhabbar macht und uns ermuntert, das Prozesshandbuch fortzuschreiben. Dies haben wir in einer zweiten Auflage 2011 getan und führen dies auch jetzt mit einer dritten Auflage 2013 fort.

Dogmatische Fragestellungen und Lehrbuchmeinungen werden zugunsten höchster Praktikabilität wiederum weitestgehend ausgeklammert: Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis, ein kapitelbezogener Literaturüberblick, Hinweise auf Internetrecherchen, Praxistipps, Formulierungsvorschläge, Anregungen zur Antragstellung und Checklisten sollen helfen, ein Streitiges Rechtsverhältnis zwischen den Arbeitsvertragsparteien schnell und erfolgreich im Sinne des Auftraggebers und Mandanten ohne oder mit gerichtlicher Beteiligung abschließend zu regeln.

Nach wie vor wird auf eine gesonderte Betrachtung des öffentlichen Dienstrechts verzichtet. Bezüge zu diesem Bereich werden aber dort aufgegriffen, wo es thematisch sinnvoll und notwendig ist, wie beispielsweise bei der sog. Konkurrentenklage und bei der Beteiligung der Personalvertretung etwa bei Kündigungen. Auch Fragen des Arbeitskampfrechts und des Tarifvertragsrechts treten zu Gunsten von zahlreichen Anregungen und Hinweisen für die Beratung und Vertretung in den Hintergrund.

Das einheitliche Arbeitsvertragsgesetz lässt trotz der Vorgabe aus dem Einigungsvertrag vom 31.8.1990 zur „möglichst baldigen“ Umsetzung weiter auf sich warten. Dafür ist etwa zum 1.7.2008 das PflegeZG zur „Vereinbarkeit von Beruf und familiärer Pflege“ in Kraft getreten. Mit der Novellierung des BDSG zum 1.9.2009 wurde ein Sonderkündigungsschutz des Datenschutzbeauftragten eingeführt, ebenso wie der Sonderkündigungsschutz in § 58 BImSchG, § 21f WHG sowie in § 55 ArbZG für die dortigen Beauftragten. Zum 1.1.2012 ist das FPfZG in Kraft getreten. Die Neuregelungen werden dargestellt und kommentiert.

Bereits am 25.9.2009 hatte die SPD-Fraktion den Entwurf eines Beschäftigtendatenschutzgesetzes (BDatG) eingebracht, die Bundesregierung hatte einen Gesetzentwurf vom 15.12.2010 (DT-Drucks. 17/4230) vorgelegt. Der Innenausschuss des Bundestages sollte eigentlich darüber am 16.1.2013 beraten und ihn mit einigen Änderungen dann im Parlament zur Abstimmung zu bringen. Die Abstimmung wurde kurzfristig verschoben, so dass das Gesetz in dieser Auflage keine Berücksichtigung mehr finden konnte. Auf heftige Kritik stößt ein mangelnder Abgleich des Gesetzes mit der EU-Datenschutzverordnung. Die derzeit vorgesehenen Regelungen zur Videoüberwachung (auch präventiv und zeitlich unbegrenzt) bleiben hinter dem zurück, was bislang die Rechtsprechung des BAG als Voraussetzung (konkreter Verdacht einer Verfehlung) formuliert hatte. Schließlich ist höchst zweifelhaft, ob die Möglichkeit, Call-Center Mit-

Vorwort

arbeiter unter Dauerbewachung zu stellen, verfassungsrechtlich zulässig ist. Gerichtliche Auseinandersetzungen zu dem Gesetz und seiner Umsetzung sind somit vorprogrammiert.

Im Verfahrensrecht war einschneidend die Novellierung des ArbGG und des § 5 KSchG durch das SGGArbGG-Änderungsgesetz, das zum 1.4.2008 in Kraft getreten ist. Während in der Erstauflage nur die Ankündigungen der Gesetzesänderung Berücksichtigung finden konnten, wird jetzt auf die dazu bereits ergangene Rechtsprechung verwiesen, etwa im Bereich der Zwangsvollstreckung, dem Gerichtsstand des Arbeitsortes oder dem Verfahren der nachträglichen Klagezulassung. Was der zum 1.1.2013 in das Arbeitsgerichtsverfahren einzuführende „ersuchte Güterichter“ in der Praxis bringt, werden wir beobachten und in einer nächsten Auflage kommentieren.

Europarecht beeinflusst fortschreitend die nationale Gesetzgebung und Rechtsprechung, was in der neuen Auflage Berücksichtigung findet: Schon 2009 hatte der EuGH zugeschlagen und zum Teil eine jahrzehntelange Rechtsprechung des BAG umgedreht: Durch die Entscheidung des EuGH v. 20.1.2009 zur Urlaubsabgeltung bei zum Vertragsende fortbestehender Arbeitsunfähigkeit sah sich der 9. Senat des BAG genötigt, seine über zwanzig Jahre bestehende entgegenstehende Rechtsprechung aufzugeben, was unmittelbar danach schon mit Ur. v. 24.3.2009 geschah. Nunmehr hat der 9. Senat des BAG in Entscheidungen aus 2011 und 2012 die sog. Surrogatstheorie vollkommen aufgegeben und den Urlaubsabgeltungsanspruch als reinen Geldanspruch festgeschrieben. Jüngere Entscheidungen der europäischen Gerichtsbarkeit zum Befristungsrecht und zu den Diskriminierungsverboten fordern das BAG zudem ständig, seine Rechtsprechung an die europarechtlichen Vorgaben anzugleichen. Das BVerfG behält sich dagegen auch nach Inkrafttreten des Lissaboner Vertrags eine weitreichende Kontrolle von Europarecht vor. Das deutsche Verfassungsgericht will auch künftig kontrollieren, ob europäische Rechtsakte mit dem "unantastbaren Kerngehalt" des Grundgesetzes wie etwa dem Schutz der Menschenwürde und dem Demokratieprinzip vereinbar sind und ob sich die EU beim Erlass von Regelungen im Rahmen ihrer Zuständigkeit bewegt. Nach zahlreichen Vorlagebeschlüssen des BAG zum EuGH, wie etwa zum Auskunftsanspruch eines abgelehnten Stellenbewerbers oder zur Vereinbarkeit von Entgeltregelungen im Tarifrecht des öffentlichen Dienstes mit dem Verbot der Altersdiskriminierung muss das BAG seine Rechtsprechung fortlaufend auch weiter korrigieren. Um eine verlässliche Rechtseinschätzung zu erlangen, werden die Entscheidungen referiert und mit Ausblicken zur Rechtsentwicklung versehen.

Besonders im Focus der Rechtsprechung waren in den vergangenen Jahren auch wieder Verfahren auf Entschädigung wegen Benachteiligungen nach den Bestimmungen des AGG, die zwischenzeitlich zu Hauf beim BAG angelangt sind. Weitere Schwerpunkte waren die Fortentwicklung der Rechtsprechung beim Betriebsübergang, zur Massentlassungsanzeige sowie insbesondere auch im Recht der schwerbehinderten Menschen und den gesetzlichen Vorgaben an den Arbeitgeber zur Durchführung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements. Entscheidungen des BAG etwa zu Kettenbefristungen, zum Direktionsrecht des Arbeitgebers bei Versetzungen auch an einen anderen Arbeitsort und zur Staffelung des Urlaubs an das Alter waren ebenfalls unter Berücksichtigung der bisherigen Rechtsprechung beachtlich. Das Handbuch greift die neuen Entscheidungen auf.

In der Bearbeitung zur Zweitaufgabe verstarb mein Freund, Sozius und Mitautor Dr. Thomas Schwirtzek. Einige seiner Beiträge wurden und werden seitdem übernommen durch die Fachanwälte für Arbeitsrecht Gerd Lödige (Erfurt), Gerald Wiedebusch (Berlin), was unter den Beiträgen gesondert kenntlich gemacht wird. Frau Rechtsanwältin Schwirtzek-Schoedon übernimmt das Dissertationsthema von Dr. Schwirtzek „Mankohaftung“. Die bisher von Rechtsanwalt Jörg Hennig (Berlin) bearbeiteten Beiträge werden ab dieser 3. Auflage durch den Berliner Rechtsanwalt Dr. Gisbert Seidemann fortgeführt. Der Bearbeitungsstand berücksichtigt die Rechtsprechung und Gesetzgebung bis Oktober 2012.

Besonderer Dank gilt an dieser Stelle den Autoren, die ihre engagierte Arbeit an dem Buch neben ihrer täglichen anwaltlichen oder richterlichen Tätigkeit bewältigt haben. Gedankt sei der Lektorin Frau Rechtsanwältin Charlotte Frickinger, die erneut mit großem Engagement und eigenen Ideen sowie Vorschlägen dafür gesorgt hat, dass ein in sich geschlossenes und einheitliches Werk entstehen konnte.

Herausgeber und Autoren sind jederzeit offen für Hinweise, Anregungen und konstruktive Kritik, die helfen, das Handbuch zum Nutzen des Lesers und Anwenders weiter zu entwickeln. Als zentrale „Aufnahmestelle“ hierfür gibt es die E-Mail-Adresse der Kanzlei LANSNICKER RECHTSANWÄLTE: kanzlei@advo-l-s.de.

Für Susann und Luisa.

Berlin, im Januar 2013

Dr. Frank Lansnicker

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	9
Inhaltsverzeichnis	11
Musterverzeichnis	43
Abkürzungsverzeichnis	51
Literaturverzeichnis	59
§ 1 Die vorgerichtliche Vertretung	61
<i>Lansnicker</i>	
§ 2 Das arbeitsrechtliche Verfahren	116
<i>Lansnicker</i>	
§ 3 Der Vergleich im Arbeitsrecht	328
<i>Winterhoff</i>	
§ 4 Zwangsvollstreckung	349
<i>Fleddermann</i>	
§ 5 Die Anbahnung des Arbeitsverhältnisses	372
<i>Hennig/Seidemann (A.)</i>	
<i>Winterhoff (B. I.)</i>	
<i>Lansnicker (B. II.)</i>	
§ 6 Die Rechte und Pflichten im Arbeitsverhältnis	414
<i>Fleddermann (A., C.)</i>	
<i>Hennig/Seidemann (B. I., II.)</i>	
<i>Winterhoff (B. III.)</i>	
<i>Schwirtzek/Schwirtzek-Schoedon (D.)</i>	

Inhaltsübersicht

§ 7 Die Änderung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses	567
<i>Fleddermann (A. I., II., III.4., 6. V., VI.)</i>	
<i>Schwirtzek/Lansnicker (A. III. 1., 2., 10)</i>	
<i>Wörle (A. III. 3., 7., 8.)</i>	
<i>Schwirtzek/Wiedebusch (A. III. 5.)</i>	
<i>Schwirtzek/Lödige (A. III. 9., A.IV.3)</i>	
<i>Hennig/Seidemann (A. IV. 1., 2.)</i>	
<i>Winterhoff (B., C.)</i>	
§ 8 Die Befristung des Arbeitsvertrages und der Arbeitsbedingungen	869
<i>Leschnig</i>	
§ 9 Die Betriebsänderung	957
<i>Fleddermann</i>	
§ 10 Grundzüge der betrieblichen Altersversorgung	1020
<i>Fleddermann</i>	
Stichwortverzeichnis	1075

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	9
Inhaltsverzeichnis	11
Musterverzeichnis	43
Abkürzungsverzeichnis	51
Literaturverzeichnis	59
§ 1 Die vorgerichtliche Vertretung	61
A. Arbeitsrecht	61
I. Individual- und Kollektivarbeitsrecht	61
II. Rechtsquellen	62
III. Recherche und Weiterbildung	64
B. Mandat	66
C. Mandatierung	70
I. Streitgegenstand	70
II. Vergütung	72
1. Kostentragungspflicht nach § 12 a ArbGG	73
2. Beratung und Begutachtung	73
3. Vergütungsvereinbarung, § 4 RVG	74
a) Vertretung des Arbeitgebers	76
b) Vertretung des Arbeitnehmers	76
c) Vertretung des Betriebs- oder Personalrats	77
III. Rechtsschutzversicherung	78
IV. Prozesskostenhilfe, § 45 RVG, § 11 a ArbGG	81
V. Vollmacht	83
VI. Vertretung im Verwaltungsverfahren	85
1. Kündigung einer schwangeren Mitarbeiterin	85
2. Kündigung in der Elternzeit	86
3. Kündigung eines schwerbehinderten Menschen	86
4. Erstattung von Kosten im Vorverfahren	89
5. Gebühren und Kosten	89
VII. Fristenkontrolle	90
1. Allgemeine Fristen	91
2. Fristen vor dem Arbeitsgericht	92
3. Fristen vor dem LAG	92
4. Fristen vor dem BAG	92
D. Checkliste zum Mandat	93
I. Arbeitnehmer	93
II. Arbeitgeber	94
III. Betriebsrat	94
IV. Tarifbindung, § 4 TVG	95

Inhaltsverzeichnis

V. Fristen	96
1. Ausschlussfristen	96
2. Klagefrist, § 4 KSchG	97
3. Verwirkung des Anspruchs	97
VI. Befristung	98
VII. Kündigung	99
1. Formalien	99
2. Anwendbarkeit des KSchG, §§ 1, 23 KSchG	101
3. Kündigungsgründe	102
4. Sonderkündigungsschutz	103
a) Mutterschutz, § 9 MuSchG	103
b) Elternzeit, § 18 BEEG	103
c) Schwerbehinderte Menschen, § 85 SGB IX	104
d) Wehrdienst und Wehrübung, § 2 ArbPISchG	105
e) Betriebs- bzw Personalrat, § 15 KSchG	105
5. Sozialauswahl, § 1 Abs. 3 KSchG	105
6. Betriebsratsanhörung, § 102 BetrVG	106
7. Massentlassungsanzeige, §§ 17 – 22 KSchG	108
8. Betriebsübergang, § 613 a BGB	108
9. Wiedereinstellungsanspruch	109
VIII. Änderungskündigung, § 2 KSchG	109
IX. Sonstiges A – Z	111
1. Abmahnung	111
2. Arbeitszeugnis	112
3. Beschäftigungsverbot, § 3 Abs. 1 MuSchG	113
4. Umsetzung/Versetzung	113
5. (Nachvertragliches) Wettbewerbsverbot, §§ 74 ff HGB	115
6. Streitwert und Kosten	115
§ 2 Das arbeitsrechtliche Verfahren	116
A. Urteilsverfahren vor dem Arbeitsgericht	117
I. Rechtswegzuständigkeit	119
1. Arbeitnehmer iSd ArbGG	119
a) Arbeitnehmer	120
b) Zur Berufsausbildung Beschäftigte	122
c) Arbeitnehmerähnliche Personen	123
d) Handelsvertreter	124
e) Beamte	125
f) Organvertreter	125
2. Zuständigkeitskatalog, § 2 ArbGG	127
3. Widerklage	132
4. Aufrechnung	132
II. Örtliche Zuständigkeit	133
1. Allgemeiner Gerichtsstand	133
2. Besonderer Gerichtsstand	134
3. Tarifvertragliche Regelung	135
III. Verweisung, § 48 ArbGG	135
1. Verfahren, § 17 a GVG	136

2. Rechtswegbestimmung, § 36 Abs. 1 Nr. 6 ZPO	137
3. Beschwerdemöglichkeiten	137
4. Fehlende Zuständigkeit der Arbeitsgerichte	138
a) Ordentliche Gerichte	138
b) Sozialgerichte	138
c) Finanzgerichte	139
d) Verwaltungsgerichte	139
e) Kirchengerichte	139
IV. Streitiges Verfahren	140
1. Prozessvertretung, § 11 ArbGG	140
a) Vollmacht, §§ 80 ff ZPO	140
b) Kostentragungspflicht, § 12 a ArbGG	140
c) Beiordnung und Prozesskostenhilfe, § 11 a ArbGG	141
aa) Beiordnung	141
bb) Prozesskostenhilfe	141
d) Verbandsvertreter, § 11 Abs. 2 ArbGG	142
2. Klage, §§ 253, 496 ZPO	143
a) Partei	144
aa) Parteifähigkeit, § 10 ArbGG	144
bb) Unklare Parteibezeichnung	145
b) Klagegrund	146
c) Klageantrag	146
3. Darlegungs- und Beweislast	149
4. Güteverfahren, § 54 ArbGG	155
a) Vorbereitung der Güteverhandlung	155
b) Güteverhandlung	156
c) Ergebnis der Güteverhandlung	158
aa) Erledigung des Verfahrens	158
bb) Prozessvergleich	158
cc) Fortsetzung als Streitiges Verfahren	159
5. Klageerwiderung	159
a) Erklärungsfrist	159
b) Erklärungsfrist	160
c) Vollstreckungsschutz	161
6. Kammertermin	162
7. Urteil und Checkliste	165
8. Vollstreckung, § 62 ArbGG	166
V. Versäumnisverfahren, § 59 ArbGG	167
1. Unechtes Versäumnisurteil	167
2. Echtes Versäumnisurteil	167
3. Rechtsbehelf	167
4. Zweites Versäumnisurteil	168
5. Kosten	168
B. Beschlussverfahren vor dem Arbeitsgericht	169
I. Zuständigkeit, § 2 a ArbGG	170
1. Abgrenzung zum Urteilsverfahren	170
2. Einzelne Zuständigkeiten	171
3. Verweisung	172
4. Örtliche Zuständigkeit	173

Inhaltsverzeichnis

II. Verfahren	173
1. Auftrag	173
2. Antragschrift, § 81 ArbGG	175
a) Antragsbefugnis	175
b) Sachantrag	176
3. Beteiligte	179
a) Abstrakte Beteiligtenfähigkeit, § 10 ArbGG	180
b) Konkrete Beteiligtenfähigkeit	180
4. Äußerung und Anhörung, § 83 Abs. 4 ArbGG	183
5. Erledigung	184
a) Antragsrücknahme, § 81 Abs. 2 S. 1 ArbGG	185
b) Vergleich, § 83 a Abs. 1 ArbGG	185
c) Erledigungserklärungen, § 83 a Abs. 2 und 3 ArbGG	185
6. Beschluss, § 84 ArbGG	186
a) Rechtskraft	186
b) Präjudizielle Bindungswirkung	186
7. Kosten	187
III. Vollstreckung, § 85 ArbGG	189
IV. Einstweilige Verfügung, § 85 Abs. 2 ArbGG	189
C. Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht	190
I. Urteilsverfahren vor dem Landesarbeitsgericht	193
1. Statthaftigkeit der Berufung	193
a) Zulassung der Berufung	194
b) Beschwerdewert	194
c) Bestandsschutzstreitigkeit	195
d) Zweites Versäumnisurteil	195
2. Berufungseinlegung	195
a) Frist	195
b) Form und Inhalt	197
c) Prozessvertretung	198
3. Berufungsbegründung	199
a) Frist	199
b) Form und Inhalt	200
4. Berufungsbeantwortung	202
5. Anschlussberufung	202
6. Neue Angriffs- und Verteidigungsmittel	203
7. Terminbestimmung und mündliche Verhandlung	205
a) Verwerfung der Berufung	206
b) Prüfungsumfang	206
8. Mündliche Verhandlung	208
a) Antragstellung	208
b) Versäumnisurteil	209
c) Erledigung der Hauptsache	210
d) Rechtsmittelverzicht	210
9. Berufungsentscheidung	211
a) Frist	211
b) Inhalt	212
c) Sachentscheidung	212
d) Revisionszulassung	213

10. Kosten	213
11. Rechtskraft	214
II. Beschlussverfahren vor dem Landesarbeitsgericht	215
1. Allgemeine Verfahrensvorschriften	216
2. Beschwerdeeinlegung	216
3. Beschwerdebegründung	217
4. Beschwerdeerwiderung	218
5. Anschlussbeschwerde	218
6. Neues Vorbringen	219
7. Anhörung	219
8. Erledigung	219
9. Entscheidung	220
10. Rechtskraft	221
III. Beschwerdeverfahren vor dem Landesarbeitsgericht	222
1. Statthaftigkeit	222
2. Verfahren	223
3. Entscheidung	223
D. Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht	224
I. Allgemeines	225
II. Nichtzulassungsbeschwerde	227
1. Beschwerdeeinlegung	228
a) Frist und Form	229
b) Wirkung	230
2. Beschwerdebegründung	231
a) Grundsatzbeschwerde	232
b) Divergenzbeschwerde	234
c) Verfahrensbeschwerde	235
aa) Absolute Revisionsgründe	236
bb) Verletzung rechtlichen Gehörs	236
3. Beschwerdebeantwortung	238
4. Beschwerdeentscheidung	238
a) Ablehnung der Beschwerde	238
b) Stattgabe der Beschwerde	239
aa) Fortführung als Revisionsverfahren	239
bb) Zurückverweisung	239
c) Erledigung	240
III. Sprungrevision	240
IV. Revision	242
1. Revisionszulassung	242
a) Zulassungsgründe	243
b) Zulassungsentscheidung	243
aa) Umfang der Zulassung	244
bb) Bindung an die Zulassung	244
2. Revisionseinlegung	245
a) Frist	245
b) Form	246
c) Wirkung	247
3. Revisionsbegründung	247
a) Revisionsantrag	248

Inhaltsverzeichnis

b) Revisionsgründe	248
aa) Sachrüge	248
bb) Verfahrensrüge	249
4. Revisionsbeantwortung	250
5. Anschlussrevision	250
6. Revisionsprüfung	251
a) Zulässigkeit	251
b) Tatsachenfeststellungen	252
c) Kontrolldichte	253
aa) Beschränkte Kontrolle	253
bb) Volle Kontrolle	254
7. Mündliche Verhandlung	256
8. Urteil	256
9. Kosten	257
V. Revisions- und Rechtsbeschwerde	257
1. Revisionsbeschwerde	258
2. Rechtsbeschwerde	259
VI. Außerordentliche Beschwerde und Gegenvorstellung	261
VII. Rechtsbeschwerde im Beschlussverfahren	262
1. Gegenstand der Beschwerde	262
2. Nichtzulassungsbeschwerde	263
3. Zulassungsgründe	264
a) Grundsätzliche Bedeutung	264
b) Divergenz	264
c) Verfahrensverstöße	264
4. Begründung der Rechtsbeschwerde	265
a) Sachrüge	266
b) Verfahrensrüge	267
5. Beantwortung der Rechtsbeschwerde	267
6. Entscheidung	267
7. Kosten	268
E. Einstweiliger Rechtsschutz im Urteils- und Beschlussverfahren	269
I. Formen des einstweiligen Rechtsschutzes	270
1. Arrest, § 916 ZPO	270
2. Einstweilige Verfügung, §§ 935, 940 ZPO	271
II. Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	271
1. Antrag	271
a) Zuständigkeit	272
b) Inhalt	272
2. Verhandlung, Anhörung und Entscheidung	273
3. Zustellung	274
4. Vollstreckung	274
III. Maßnahmen gegen die Eilentscheidung	275
1. Anordnung zur Klageerhebung	275
2. Sofortige Beschwerde, Widerspruch und Berufung/Beschwerde	275
a) Sofortige Beschwerde	275
b) Widerspruch	276
c) Berufung/Beschwerde	276
3. Aufhebungsverfahren	276

4. Schadensersatz	276
IV. Einzelfälle A – Z	276
1. Arbeitskampf	276
2. Arbeitspapiere	277
3. Beschäftigungsanspruch	277
4. Konkurrentenstreit	278
5. Sachaufwand des Betriebsrats nach § 40 BetrVG	279
6. Teilzeitverlangen	279
7. Unterlassungsanspruch des Betriebsrats	279
8. Urlaubsanspruch	280
9. Zeugniserteilung	280
10. Zutrittsrecht von Gewerkschaften – Gewerkschaftswerbung per E-Mail	280
F. Besondere Verfahren	281
I. Schiedsgerichtliche Verfahren und Aufhebungsklage, §§ 101 – 110 ArbGG	281
1. Wirkung der Schiedsvereinbarung	282
2. Schiedsgerichtliches Verfahren	282
3. Bühnenschiedsgerichtsbarkeit	282
a) NV-Bühne	283
b) Bühnenschiedsgerichte	284
aa) Bezirks-Bühnen-Schiedsgerichte – I. Instanz	284
bb) Bühnen-Oberschiedsgericht – II. Instanz	285
cc) Verfahren	285
4. Aufhebungsklage, § 110 ArbGG	285
II. Berufsausbildungsverhältnis, § 111 Abs. 2 ArbGG	286
III. Einigungsstelle, § 76 BetrVG	288
1. Errichtung und (gerichtliche) Besetzung	289
2. Verfahren vor der Einigungsstelle	291
3. Gerichtliche Überprüfung des Spruchs der Einigungsstelle	292
G. Außerordentliche Rechtsbehelfe	294
I. Anhöhrungsrüge, § 78 a ArbGG	295
1. Gegenstand der Anhöhrungsrüge	296
2. Form und Frist	297
3. Fortführung des Verfahrens	298
4. Entscheidungen der Bundesgerichte zur Anhöhrungsrüge	298
5. Prüfungsreihenfolge (Checkliste)	300
II. Verfassungsbeschwerde	300
1. Formelle Voraussetzungen	302
2. Prüfungsmaßstab	305
3. Verfahrensdauer	306
4. Einstweilige Anordnung	306
5. Kosten	307
6. Entscheidungen des BVerfG zum Arbeitsrecht	307
7. Checkliste	312
III. Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) – Vorabentscheidung nach Art. 267 AEUV	314
1. Bedeutung des EU-Arbeitsrechts	316
2. Rechtswirkungen der EG-Rechtsnormen	317
3. Verspätete oder fehlerhafte Umsetzung von EG-Recht	318
4. Verfahren vor dem EuGH	319

Inhaltsverzeichnis

5. Verfahren nach der Feststellung EU-rechtswidriger Urteile	319
6. Entscheidungen des EuGH zum Arbeitsrecht	320
7. Checkliste	322
IV. Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)	324
1. Form und Frist	324
2. Beschwerdegegenstand	325
3. Verfahren	326
4. Entscheidung	327
5. Kosten	327
6. Checkliste	327
§ 3 Der Vergleich im Arbeitsrecht	328
A. Außergerichtlicher Vergleich	328
I. Gestaltung	328
1. Beendigung	329
2. Abfindung	330
3. Abwicklung	330
4. Freistellung	331
5. Zeugniserteilung	331
6. Verschwiegenheit	332
7. Belehrung	332
8. Wiedereinstellung	333
9. Erledigung	333
II. Form des Aufhebungs- oder Abwicklungsvertrages	333
III. Nichtigkeit des Aufhebungs- und Abwicklungsvertrages	334
1. Anfechtung	334
2. Gesetzliches Verbot und Sittenwidrigkeit	335
IV. Widerruf eines Aufhebungs- oder Abwicklungsvertrages	335
V. Kündigung nach Abschluss eines Aufhebungs- oder Abwicklungsvertrages	335
VI. Abfindungszahlungen unter steuerrechtlichen Gesichtspunkten	336
B. Prozessvergleich	339
I. Zustandekommen des Prozessvergleiches	339
II. Inhalt des Prozessvergleiches	340
1. Art und Zeit der Beendigung	340
2. Abfindungszahlung	341
3. Gehaltszahlung und Durchführung des Arbeitsverhältnisses bis zum Beendigungszeitpunkt	343
4. Freistellungsvereinbarung und Urlaubsanspruch	344
5. Zeugniserteilung	345
6. Erteilung von Arbeitspapieren	346
7. (Große) Ausgleichsklausel	347
§ 4 Zwangsvollstreckung	349
A. Zwangsvollstreckung aus arbeitsgerichtlichen Titeln	349
I. Gesetzliche Grundlagen und Zuständigkeit	349
II. Grundsatz der vorläufigen Vollstreckbarkeit	349

III. Ausnahmen vom Grundsatz der vorläufigen Vollstreckbarkeit	349
1. Ausschluss der vorläufigen Vollstreckbarkeit	349
2. Nachträgliche Einstellung der Zwangsvollstreckung	350
3. Rechtsmittel	351
B. Arten von Vollstreckungen	351
I. Vollstreckung in Forderungen	351
1. Pfändungs- und Überweisungsbeschluss	351
2. Begriff des pfändbaren Einkommens	352
3. Besonderheiten bei Einmalzahlungen	354
4. Erhöhung des Pfändungsfreibetrages	354
5. Streit zwischen Gläubiger und Drittschuldner	354
II. Vollstreckung wegen Geldforderungen	355
III. Vollstreckung wegen der Herausgabe von Sachen	357
IV. Vollstreckung zur Erwirkung von Handlungen	357
1. Vertretbare Handlungen	358
2. Nicht vertretbare Handlungen	358
V. Vollstreckung zur Erzwingung von Unterlassungen und Duldungen, Abgabe einer Willenserklärung und Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	361
1. Erzwingung von Unterlassungen und Duldungen	361
2. Abgabe einer Willenserklärung	362
3. Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	363
C. Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung	363
I. Erinnerung	363
II. Sofortige Beschwerde	364
III. Vollstreckungsgegen- und Drittwiderspruchsklage	364
1. Vollstreckungsgegenklage	364
2. Drittwiderspruchsklage	365
D. Besonderheiten bei der Verurteilung zur Vornahme einer Handlung	366
I. Voraussetzungen des § 61 Abs. 2 ArbGG	366
II. Rechtsfolgen	366
III. Darlegungs- und Beweislast	367
E. Arreste und einstweilige Verfügungen	368
I. Arrest	368
II. Einstweilige Verfügung	369
F. Vollstreckung im Beschlussverfahren	370
§ 5 Die Anbahnung des Arbeitsverhältnisses	372
A. Einstellungsverfahren	372
I. Personalauswahl	372
1. Stellenausschreibung	372
2. Abwerbung	372
II. Ersatz von Vorstellungskosten	373
1. Anspruch auf Kostenerstattung	373
2. Höhe erstattungsfähiger Auslagen	374
III. Diskriminierungsverbote	375
IV. Fragerecht	375
1. Beruflicher Werdegang	375

Inhaltsverzeichnis

2. Schwangerschaft	375
3. Schwerbehinderung	376
4. Krankheiten	376
5. Gewerkschaftszugehörigkeit	377
6. Konfession und Parteizugehörigkeit	377
7. Familienstand, sexuelle Orientierung	377
8. Zuletzt erzielt es Gehalt	377
9. Vorstrafen, Haftantritt und Ermittlungsverfahren	378
10. Rechtsfolgen	378
V. Hinweispflichten des Arbeitgebers	379
1. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	379
2. Abschlusszwang und Einstellungszusage	379
VI. Arbeitsverhältnisse mit Auslandsberührung	380
1. Rechtswahlvereinbarung bei Arbeitsverhältnissen in Deutschland	380
2. Beschäftigung von Deutschen im Ausland	380
a) Rechtswahlvereinbarung	380
b) Fehlende Rechtswahlvereinbarung	381
c) Entsendung	381
d) Unregelmäßiger Arbeitsort	382
3. Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in Deutschland	382
a) Arbeiterlaubnis	382
b) Rechtswahl	383
4. Beschäftigung bei ausländischen Arbeitgebern in Deutschland	383
B. Rechtsschutz des abgelehnten Bewerbers	384
I. Rechtsschutz nach dem AGG	384
1. Entwicklung	384
2. Zielsetzung und verpönte Merkmale	385
3. Sachlicher und persönlicher Anwendungsbereich	386
4. Arbeitsverhältnis in der Anbahnung	390
a) Stellenausschreibung	390
b) Bewerbungsgespräche	392
c) Ablehnungsschreiben	393
d) Anspruch auf Entschädigung bei Diskriminierung	394
5. Muster für die Geltendmachung von Ansprüchen	397
II. Rechtsschutz im Konkurrentenstreitverfahren	400
1. Streitgegenstand der Konkurrentenklage	401
2. Rechtsprechung des BVerfG	402
3. Rechtsprechung des BAG	404
4. Fallgruppen	405
a) Erledigung des Verfahrens	405
b) Einstellungsanspruch	406
c) Anforderungsprofil, Dokumentationsgebot	407
d) Konkurrenz von Beamten und Angestellten	408
e) Konkurrenz von Frauen und Männern	408
f) Auswahlentscheidung	409
g) Schadensersatzansprüche	410
5. Rechtsschutz	411
a) Einstweilige Verfügung gem. § 62 Abs. 2 ArbGG	411
b) Hauptsacheverfahren	412

6. Checkliste zum Konkurrentenstreitverfahren	412
a) Unterlagen	412
b) Vorgerichtliche Tätigkeit	413
c) Gerichtliche Tätigkeit	413
d) Vollstreckung	413
§ 6 Die Rechte und Pflichten im Arbeitsverhältnis	414
A. Pflichten des Arbeitnehmers	414
I. Arbeitsleistung	414
1. Art der Tätigkeit	414
a) Freie Vereinbarung der Tätigkeit und Sittenwidrigkeit	414
b) Besonderheiten bei Organen	415
c) Abgrenzung zur freien Mitarbeit	416
d) Vertragliche Fixierung der Tätigkeit und Konkretisierung	418
e) Zuweisung einer anderen Tätigkeit	419
f) Rechtsschutz und Zwangsvollstreckung	419
g) Beweislast	421
2. Arbeitsort	421
a) Freie Vereinbarung des Arbeitsorts	421
b) Wechselnde Arbeitsorte	422
c) Rechtsschutz und Zwangsvollstreckung	422
3. Arbeitszeit	423
a) Freie Vereinbarung der Arbeitszeit	423
b) Grenzen der Arbeitszeit	423
c) Beginn und Ende der zu vergütenden Arbeit und Pausen	424
d) Wegezeiten und Dienstreisen	425
e) Arbeitsbereitschaft, Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft	426
f) Arbeitszeitverlängerung ohne finanziellen Ausgleich	428
g) Rechtsschutz und Zwangsvollstreckung	428
II. Verhaltenspflichten	429
1. Geheimnisschutz	429
a) Pflicht zur Verschwiegenheit	429
b) Begriff der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	429
c) Strafanzeigen gegen den Arbeitgeber (sog. whistleblowing)	430
d) Regelungen im Arbeitsvertrag	431
e) Dauer der Verschwiegenheitspflicht	432
f) Verstöße gegen die Verschwiegenheitspflicht, Rechtsschutz und Zwangsvollstreckung	432
2. Nebentätigkeit	433
a) Hauptarbeitsverhältnis und Nebentätigkeit	433
b) Entgegenstehende Interessen des Arbeitgebers	433
c) Grenzen durch das ArbZG und BUrLG	435
d) Vertragliche Regelungen	436
e) Verstöße, Rechtsschutz und Zwangsvollstreckung	436
3. Wettbewerbsverbot	437
a) Wettbewerb im bestehenden Arbeitsverhältnis	437
b) Abgrenzung zu Nebentätigkeiten und Arten von Wettbewerb	438
c) Vorbereitungshandlungen	439
d) Wettbewerb nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	440

Inhaltsverzeichnis

e) Verstöße, Rechtsschutz und Zwangsvollstreckung	440
f) Beweislast	441
g) Wettbewerb nach fristloser Kündigung während des Kündigungsschutzprozesses	441
4. Sonstige Rücksichtnahme- und Treuepflichten	442
a) Schmiergelder	442
b) Betriebliche Ordnung und Schadensabwendung	443
III. Checkliste zu den Pflichten des Arbeitnehmers	444
B. Pflichten des Arbeitgebers	444
I. Entgeltzahlung	444
1. Grundlagen	444
a) Geld- und Sachvergütung	444
b) Abrechnung des Arbeitsentgelts, Herausgabe der Arbeitspapiere	445
c) Fälligkeit und Verzug	446
d) Freiwilligkeits- und Widerrufsvorbehalt	446
2. Höhe der Vergütung	449
a) Vertragliche Regelungen	449
b) Kollektivrechtliche Regelungen	450
c) Übliche Vergütung nach § 612 Abs. 2 BGB	450
d) Betriebliche Übung	451
e) Gleichbehandlung	452
3. Eingruppierung	454
4. Sonderbestandteile der Vergütung	455
a) Zielvereinbarungen	455
aa) Allgemeines	455
bb) Vertragspflichten	456
cc) Vertretenmüssen	457
dd) Schadenshöhe und Beweisfragen	457
b) Tantieme	458
c) Dienstwagen	458
d) Vergütung für Überstunden	459
e) Wegezeiten	461
f) Waschen und Umkleiden	461
g) Sondervergütungen	462
h) Aufwendungsersatz	464
5. Einwendungen und Einreden	465
a) Erfüllung	465
b) Lohnverzicht und Ausgleichsquittung	466
c) Aufrechnung	467
d) Zurückbehaltungsrechte	467
e) Verjährung	468
f) Ausschlussfristen	469
6. Überzahlung und Rückforderung	470
a) Lohnüberzahlung	470
b) Rückforderung von Ausbildungskosten	471
7. Prozessuales	473
a) Zuständigkeit	473
b) Lohnklage	474
c) Feststellungsklage	476

d) Einstweiliger Rechtsschutz	477
II. Entgelt ohne Arbeit	477
1. Entgeltfortzahlung bei Krankheit	478
a) Krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit	478
aa) Krankheit	478
bb) Arbeitsunfähigkeit	478
cc) Kausalität	479
dd) Verschulden	479
ee) Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung	480
ff) Medizinischer Dienst der Krankenkassen	482
b) Zeitraum der Entgeltfortzahlung	483
aa) Beginn und Dauer	483
bb) Neuerkrankung	483
cc) Fortsetzungserkrankung	483
dd) Überschneidung von Krankheiten	484
ee) Entgeltfortzahlung bei Kündigung	485
ff) Leistungsverweigerungsrechte	486
c) Höhe der Entgeltfortzahlung	486
aa) Arbeitsausfall	486
bb) Berechnung der Entgeltfortzahlung	486
cc) Kürzung von Sondervergütungen	488
d) Sonderfall: Krankengeld bei Erkrankung des Kindes	488
e) Forderungsübergang bei Dritthaftung	488
2. Entgeltfortzahlung an Feiertagen	489
3. Anspruch bei vorübergehender Verhinderung	490
4. Urlaub	490
a) Allgemeines zum Urlaubsanspruch	490
aa) Anspruchsberechtigte Personen	490
bb) Gesetzlicher Mindesturlaub	491
cc) Zusammenhängende Gewährung	492
dd) Verhältnis zu sonstigen Nichtarbeitszeiten	492
ee) Sonstige Freistellungsansprüche	493
b) Dauer des Urlaubs	494
aa) Urlaubsanspruch bei flexiblen Arbeitszeiten	494
bb) Vollurlaub	494
cc) Teilurlaub	495
c) Höhe des Urlaubsentgelts	496
aa) Berechnungsmethode	496
bb) Geldfaktor	496
cc) Zeitfaktor	497
d) Geltendmachung des Urlaubsanspruchs	497
aa) Urlaubsgewährung	497
bb) Übertragung und Schadenersatz	498
cc) Rückforderungsverbot	499
dd) Vermeidung von Doppelansprüchen	500
e) Urlaubsabgeltung	501
f) Urlaub und Kündigung	502
g) Urlaub für besondere Personengruppen	503
aa) Jugendliche	503
bb) Zusatzurlaub für schwerbehinderte Menschen	503

Inhaltsverzeichnis

cc) Urlaub in der Insolvenz	504
dd) Betriebsübergang	505
ee) Bildungsurlaub	506
h) Prozessuale Geltendmachung	506
aa) Selbstbeurlaubung und Widerruf	506
bb) Leistungsklage	507
cc) Feststellungsklage	507
dd) Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung	508
ee) Klage auf Urlaubsabgeltung	509
i) Zwangsvollstreckung	509
5. Mutterschutz und Elternzeit	509
a) Mutterschutz und Beschäftigungsverbote	509
aa) Voraussetzungen des Vergütungsanspruchs	509
bb) Höhe des Vergütungsanspruchs	510
b) Anspruch auf Elternzeit	510
aa) Anspruchsvoraussetzungen	511
bb) Inanspruchnahme der Elternzeit	511
cc) Vergütung während der Elternzeit	511
dd) Zusammenfallen mit anderen Entgeltfortzahlungstatbeständen	512
6. Annahmeverzug	512
a) Begriff und Abgrenzung	513
b) Voraussetzungen des Annahmeverzugs	513
c) Rechtsfolgen des Annahmeverzugs	514
aa) Allgemeines	514
bb) Höhe des Verzugslohns	515
cc) Anderweitiger Erwerb	515
dd) Böswilliges Unterlassen	515
ee) Umfang der Anrechnung	516
d) Annahmeverzug und Kündigung	517
e) Wirtschafts- und Betriebsrisiko	519
f) Prozessuales	520
III. Schutzpflichten	521
1. Allgemeine Schutzpflicht für Leben und Gesundheit des Arbeitnehmers	521
a) Mobbingenschutz	521
b) Gesundheitsschutz	522
c) Persönliche Schutzmittel	524
d) Pflichtverletzung durch den Arbeitgeber	524
2. Persönlichkeitsschutz des Arbeitnehmers	524
a) Sexuelle Belästigung	525
b) Beschäftigungspflicht	525
c) Weiterbeschäftigung nach Kündigung	526
d) Bekleidungs Vorschriften	527
e) Überwachung	527
f) Datenschutz	527
3. Schutz vom Arbeitnehmer eingebrachter Sachen	528
C. Weisungsrecht des Arbeitgebers	528
I. Inhalt und Grenzen	529
1. Inhalt	529

2. Grenzen	533
a) Begrenzung durch Gesetze	533
b) Billiges Ermessen	533
c) Interessenabwägung, Grundrechte und Behinderungen	534
d) Abgrenzung zur Änderungskündigung	535
II. Direktionsrecht und höherwertige Tätigkeit	536
III. Direktionsrecht und Mitbestimmung	536
IV. Versetzungsklausel	537
V. Rechtsschutz und Zwangsvollstreckung	538
VI. Checkliste zum Direktionsrecht	538
1. Unterlagen	538
2. Anwaltliche Tätigkeit und Prüfungen	538
D. Haftung im Arbeitsverhältnis	539
I. Haftung des Arbeitnehmers	539
1. Haftung gegenüber dem Arbeitgeber	539
a) Grundsätze der privilegierten Arbeitnehmerhaftung	540
aa) Historische Entwicklung	540
bb) Derzeit maßgebendes Haftungsmodell	542
cc) Mitverschulden	544
dd) Anwendungsbereich	545
ee) Dispositivität der Haftungsgrundsätze	546
b) Darlegungs- und Beweislast	548
2. Haftung gegenüber Dritten	549
3. Haftung gegenüber Arbeitskollegen	550
a) Personenschäden	550
aa) Begünstigter Personenkreis	551
bb) Betriebliche Tätigkeit	551
cc) Regress des Sozialversicherungsträgers	552
b) Sachschäden	552
4. Mankohaftung	552
a) Allgemeine Mankohaftung	553
aa) Duales Haftungskonzept	553
bb) Mängel des dualen Haftungskonzepts	554
cc) Darlegungs- und Beweislast	555
dd) Umfang der Haftung	556
b) Besondere Mankohaftung	556
aa) Zulässigkeit von Mankoabreden	556
bb) Funktionsverlust von Mankoabreden	557
cc) Inhaltskontrolle von Mankoabreden	558
dd) Folgen unwirksamer Mankoabreden	562
c) Rechtsschutz	563
5. Vollstreckung	563
II. Haftung des Arbeitgebers	563
1. Haftung für Eigenschäden des Arbeitnehmers	563
2. Haftung für Personenschäden	565

§ 7 Die Änderung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses	567
A. Kündigung des Arbeitsverhältnisses	567
I. Kündigung, Änderungskündigung und Teilkündigung	567
II. Formalien	568
1. Schriftform, Bestimmtheit und Bedingung	568
2. Zugang	570
a) Zugang unter Abwesenden	570
b) Zugang unter Anwesenden	572
c) Zugang nach Treu und Glauben	572
d) Zugang bei Urlaub, Haft, Krankheit und zur „Unzeit“	573
e) Beweislast	574
3. Kündigungsberechtigung und Stellvertretung	574
a) Kündigungsberechtigung	574
b) Kündigung durch Stellvertreter und Zurückweisung	574
4. Kündigungsfristen	576
a) Arten von Kündigungsfristen	576
b) Zeitliche Grenzen	577
c) Kollision von Kündigungsfristen	578
d) Nichteinhaltung von Kündigungsfristen	578
e) Kündigung und Wartezeit	579
f) Außerordentliche Kündigung und Frist	579
III. Allgemeiner Kündigungsschutz	579
1. Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes	579
a) Sachlicher Geltungsbereich	580
aa) Betriebsbegriff	580
bb) Schwellenwert	583
cc) Gemeinschaftsbetrieb	585
dd) Betriebe des öffentlichen Rechts	586
b) Persönlicher Geltungsbereich	586
aa) Wartezeit	586
bb) Geschützter Personenkreis	588
c) Darlegungs- und Beweislast	590
2. Kündigungsschutz außerhalb des Kündigungsschutzgesetzes	592
a) Treu und Glauben, § 242 BGB	593
aa) Verhältnis der Generalklauseln zum KSchG	593
bb) Fallgruppen	595
b) Sittenwidrigkeit, § 138 BGB	597
c) Diskriminierende Kündigung, § 612 a BGB	598
d) Kündigungsschutz nach AGG?	599
e) Kündigung wegen des Übergangs eines Betriebs, § 613 a Abs. 4 S. 1 BGB ..	600
f) Arbeits- und tarifvertragliche Kündigungsschranken	602
g) Darlegungs- und Beweislast	603
3. Verhaltensbedingte Kündigung	604
a) Vertragswidriges Verhalten	605
b) Negative Prognose und Verhältnismäßigkeit	610
c) Interessenabwägung	612
d) Anhörung des Betriebsrates	612
e) Checkliste zur verhaltensbedingten Kündigung	613

4. Personenbedingte Kündigung	613
a) Krankheit als Kündigungsgrund	614
aa) Dauernde Leistungsunfähigkeit	614
bb) Häufige Kurzerkrankungen	616
cc) Krankheitsbedingte Leistungsminderung	619
b) Darlegungs- und Beweislast	621
aa) Dauernde Leistungsunfähigkeit	621
bb) Krankheitsbedingte Leistungsminderung	621
cc) Häufige Kurzerkrankungen	621
dd) Betriebliche Ursachen	622
ee) Möglichkeit der Weiterbeschäftigung	623
c) Abwarten von Heilbehandlungen, leidensgerechter Arbeitsplatz bei dauernder Leistungsunfähigkeit, betriebliches Eingliederungsmanagement und Wiedereingliederung	623
d) Wiedereinstellungsanspruch	624
e) Besonderheiten bei der Betriebsratsanhörung	624
f) Weitere personenbedingte Kündigungsgründe	626
aa) Alkohol	626
bb) Beschäftigungshindernisse	627
cc) Haft	628
dd) Konkrete Sicherheitsbedenken	629
ee) Persönliche Ungeeignetheit	630
ff) Wehrdienst	630
gg) Kirchliche Arbeitnehmer	631
g) Personenbedingte Änderungskündigung	632
5. Betriebsbedingte Kündigung	632
a) Dringende betriebliche Erfordernisse	632
aa) Unternehmerentscheidung und Kontrolldichte	633
bb) Wegfall des Beschäftigungsbedürfnisses (Kausalität)	637
cc) Einzelne betriebsbedingte Gründe (Fallgruppen)	639
dd) Fehlende Möglichkeit anderweitiger Beschäftigung	645
b) Sozialauswahl	650
aa) Anwendungsbereich, Kontrolldichte	650
bb) Vergleichbarkeit	651
cc) Auswahlkriterien, § 1 Abs. 3 S. 1 KSchG	656
dd) Entgegenstehende betriebliche Interessen, § 1 Abs. 3 S. 2 KSchG	658
ee) Kollektive Auswahlrichtlinien, § 1 Abs. 4 KSchG	661
ff) Interessenausgleich mit Namensliste, § 1 Abs. 5 KSchG	665
c) Darlegungs- und Beweislast	669
aa) Unternehmerentscheidung	669
bb) Wegfall des Beschäftigungsbedarfs	670
cc) Fehlende Weiterbeschäftigungsmöglichkeit	670
dd) Unrichtigkeit der Sozialauswahl	670
d) Widerspruchstatbestände, § 1 Abs. 2 S. 2 und 3 KSchG	672
e) Wiedereinstellungsanspruch	672
f) Kündigung gem. § 1 a KSchG	674
g) Änderungskündigung	675
aa) Begriff, Prüfungsmaßstab	675
bb) Fallgruppen	679
cc) Verhältnismäßigkeit	680

Inhaltsverzeichnis

dd) Sozialauswahl	681
ee) Beteiligung des Betriebsrats	681
6. Kündigung in der Insolvenz	682
a) Vorläufige und endgültige Insolvenz	682
b) Kündigungsfrist in der Insolvenz	682
c) Interessenausgleich in der Insolvenz	683
d) Alternativen zum Interessenausgleich	686
e) Rechtsschutz, Taktik und Darlegungs- und Beweislast	687
f) Insolvenz nach Abschluss eines Vergleichs	689
7. Außerordentliche Kündigung	689
a) Kündigungserschwernisse	691
b) Wichtiger Kündigungsgrund	692
c) Bestimmung des wichtigen Kündigungsgrundes an sich	692
d) Kündigungserklärungsfrist	695
e) Beteiligung des Betriebsrates	698
f) Erfordernis einer Auslauffrist	699
g) Umdeutung der Kündigung	700
h) Auflösungsantrag des Arbeitnehmers	700
i) Checkliste	701
8. Verdachtskündigung	702
a) Verdacht einer strafbaren Handlung oder einer sonstigen schweren Verfehlung als wichtiger Grund	703
b) Besondere Wirksamkeitsvoraussetzungen	704
c) Besonderheiten bei der Kündigungserklärungsfrist	708
d) Besonderheiten bei der Betriebsratsanhörung	711
e) Beweisverwertungsverbote	711
f) Folgen eines falschen Verdachts	711
g) Checkliste	712
9. Massentlassungen	713
a) Konzeption der §§ 17 ff KSchG	714
aa) Konsultationsverfahren	715
bb) Anzeigepflicht	716
cc) Form und Inhalt der Anzeige	719
b) Neue Rechtsprechung des EuGH und des BAG	720
c) Folgen der neuen Rechtsprechung des EuGH und des BAG	721
aa) Anzeigepflicht	722
bb) Konsultationsverfahren	723
cc) Prüfungsreihenfolge/Checkliste	724
d) Darlegungs- und Beweislast, Verfahrensfragen	724
10. Beteiligungsrechte des Betriebsrats	725
a) Beteiligung des Betriebsrats nach § 102 BetrVG	726
aa) Vorbemerkung	726
bb) Anwendungsbereich	726
cc) Anhörungsverfahren	728
dd) Folgen fehlerhafter Anhörung	732
ee) Stellungnahme des Betriebsrats	733
ff) Weiterbeschäftigungsanspruch nach § 102 Abs. 5 BetrVG	734
gg) Entbindung von der Weiterbeschäftigungspflicht	736
hh) Darlegungs- und Beweislast, Prozessuales	737
ii) Erweiterung der Beteiligungsrechte gem. § 102 Abs. 6 BetrVG	738

b) Beteiligung des Betriebsrats nach §§ 99 ff BetrVG	738
aa) Mitbestimmung bei personellen Einzelmaßnahmen	738
bb) Zustimmungseretzungsverfahren, vorläufige personelle Maßnahme ...	742
c) Allgemeiner Unterlassungsanspruch des Betriebsrats	747
IV. Besonderer Kündigungsschutz	751
1. Mutterschutz und Elternzeit	751
a) Schwangerschaft	751
aa) Allgemeines zur Zulässigkeit der Kündigung	751
bb) Sonstige Beendigungstatbestände	751
cc) Voraussetzungen des Kündigungsverbots	751
dd) Rechtsfolgen einer unwirksamen Kündigung	753
ee) Zulassung der Kündigung durch die Aufsichtsbehörde	753
b) §§ 18, 19 BEEG	754
2. Schwerbehinderte Menschen	755
a) Reichweite des Kündigungsschutzes	755
aa) Geschützter Personenkreis	755
bb) Schwerbehinderung	755
cc) Gleichstellung	756
dd) Ausnahmen vom Kündigungsschutz: § 90 SGB IX	756
b) Kenntnis des Arbeitgebers von der Schwerbehinderung	757
aa) Fehlende Antragstellung bzw Antragstellung erst nach Zugang der Kündigung	757
bb) Antragstellung vor Kündigungszugang	757
cc) Mitteilungsfrist	758
dd) Adressat der Mitteilung	758
c) Antrag und Entscheidung	759
aa) Antrag	759
bb) Entscheidung über die ordentliche Kündigung	759
cc) Entscheidung über die außerordentliche Kündigung	760
d) Kündigungserklärungsfrist	761
e) Prozessuales	762
f) Mitbestimmung des Betriebsrats	763
3. Betriebsverfassungsrechtliche Amtsinhaber	764
a) Vorbemerkung	764
b) Geschützter Personenkreis	765
c) Beginn und Ende des besonderen Kündigungsschutzes	767
aa) Mitglieder des Betriebsrats	767
bb) Ersatzmitglieder	768
cc) Wahlvorstand und Wahlbewerber	769
d) Ordentliche Kündigung	769
aa) Stilllegung des Betriebes, § 15 Abs. 4 KSchG	770
bb) Stilllegung einer Betriebsabteilung, § 15 Abs. 5 KSchG	771
cc) Darlegungs- und Beweislast, Prozessuales	773
e) Außerordentliche Kündigung	773
f) Beteiligung des Betriebsrats	775
g) Zustimmungseretzungsverfahren	778
V. Rechtsschutz	780
1. Beendigungskündigung und Kündigungsschutzklage	781
a) Voraussetzungen einer Kündigungsschutzklage	781
b) Frist zur Klageerhebung	782

Inhaltsverzeichnis

c) Örtlich zuständiges Arbeitsgericht	785
d) Beweislast, Wartezeit, Feststellungsinteresse und Zwangsvollstreckung	786
e) Verjährung und Ausschlussfristen	787
2. Änderungsschutzklage	788
a) Prozessuales und Fristen	788
b) Prüfungsmaßstab	788
c) Beweislast und Entscheidung des Arbeitsgerichts	790
3. Verfristete Klageerhebung	791
a) Verfristung und nachträgliche Klagezulassung	791
b) Zurechnung fremden Verschuldens bei Versäumung der Klagefrist und Frist auf nachträgliche Zulassung	795
c) Die Entscheidung des Arbeitsgerichts und Rechtsmittel	796
4. Allgemeine Feststellungsklage	796
5. Allgemeiner Weiterbeschäftigungsantrag	797
6. Weiterbeschäftigungsantrag nach § 102 Abs. 5 BetrVG	800
7. Klage auf Wiedereinstellung	802
8. Auflösungsantrag nach §§ 9, 10 KSchG	804
a) Arbeitnehmerseitiger Antrag	805
b) Arbeitgeberseitiger Antrag	807
c) Beiderseitiger Antrag	809
d) Prozessuales, Höhe der Abfindung und Auflösungszeitpunkt	810
e) Darlegungs- und Beweislast	811
f) Rechtsmittel	812
g) Zwangsvollstreckung und Verfallfristen	813
9. Die Auflösung nach § 12 KSchG	813
VI. Checkliste zum Rechtsschutz bei Kündigungen	814
1. Unterlagen	814
2. Anwaltliche Tätigkeit	814
B. Anfechtung	815
I. Anfechtung des Arbeitsvertrages	815
1. Anfechtung wegen Irrtum	816
2. Anfechtung wegen arglistiger Täuschung bzw Drohung	817
a) Arglistige Täuschung	817
b) Drohung	817
c) Ursächlichkeit	817
3. Anfechtungsgründe im Arbeitsverhältnis	817
a) Fragerecht und Offenbarungspflicht	817
b) Vermögensverhältnisse, Lohn- und Gehaltspfändungen	818
c) Gesundheitszustand, Körperbehinderung und Geschlecht des Arbeitnehmers	819
d) Wettbewerbsverbote	820
e) Schwerbehinderteneigenschaft	820
f) Schwangerschaft	821
g) Vorstrafen, Ermittlungsverfahren	822
h) Religions-, Gewerkschaft- und Parteizugehörigkeit	822
i) Nebentätigkeiten	823
4. Prozessuales	823
5. Anfechtungserklärung	824
6. Anfechtungsfrist	824

7. Anhörung des Betriebsrates	824
8. Anwendung der §§ 9 MuSchG, 18 BEEG, 85 SGB IX	825
9. Beschränkung des Anfechtungsrechtes durch Treu und Glauben nach § 242 BGB	825
II. Rechtsfolgen der Anfechtung	826
1. Rechtslage nach Arbeitsaufnahme	826
a) Anfechtung ex nunc	826
b) Anfechtung eines außer Vollzug gesetzten Arbeitsverhältnisses	826
c) Nichtanwendbarkeit der §§ 119 ff BGB nach erfolgter Arbeitsaufnahme ...	827
d) Umdeutung nach § 140 BGB	827
e) Wechselseitiger Irrtum	827
2. Prozessuales	828
III. Anfechtung einzelner Vertragsbestimmungen und Willenserklärungen im Arbeitsverhältnis	829
1. Anfechtung einzelner Vertragsbestimmungen	829
2. Anfechtung einer betrieblichen Übung	829
3. Anfechtung einer vereinbarten weiteren Befristung des Arbeitsverhältnisses ...	829
4. Anfechtung der Urlaubsgewährung	830
5. Anfechtung von Willenserklärungen im Zusammenhang mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	830
a) Anfechtung einer Kündigungserklärung	830
b) Anfechtung einer Ausgleichsquittung	830
aa) Irrtum über den Erklärungsinhalt	831
bb) Anfechtung wegen Drohung	831
cc) Sprachrisiko	831
c) Anfechtung eines Aufhebungsvertrages	831
aa) Anfechtung gem. § 119 BGB	832
bb) Anfechtung gem. § 123 BGB	832
cc) Verstoß gegen Aufklärungs- und Hinweispflichten	833
IV. Anfechtung von Willenserklärungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ...	833
V. Anfechtung von Prozesshandlungen	834
1. Anfechtung der Klagerücknahme	834
2. Anfechtung eines Anerkenntnisses	834
3. Anfechtung eines Prozessvergleiches	834
C. Abwicklung des beendeten Arbeitsverhältnisses	835
I. Herausgabe der Arbeitspapiere	835
1. Arbeitspapiere	835
2. Arbeitgeberpflichten während des Arbeitsverhältnisses	835
3. Arbeitgeberpflichten nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	836
a) Pflicht zur Herausgabe der Arbeitspapiere	836
b) Herausgabezeitpunkt	836
c) Zurückbehaltungsrecht an den Arbeitspapieren	837
d) Verjährung, Verwirkung und tarifliche Ausschlussfristen	837
II. Pflichtenverletzung durch den Arbeitgeber	838
1. Allgemeines	838
2. Schadensersatzanspruch des Arbeitnehmers	838
3. Öffentlich-rechtlicher Schadensersatzanspruch einer Behörde	838
4. Prozessuale Durchsetzung	839
5. Vollstreckung des Urteils auf Herausgabe der Arbeitspapiere	840

Inhaltsverzeichnis

6. Vorläufiger Rechtsschutz	840
7. Darlegungs- und Beweislast	840
III. Ausgleichsquittung	840
1. Allgemeines	840
2. Gegenstand der Ausgleichsquittung	841
a) Klageerhebungsverzicht	841
b) Wortlaut der Verzichtserklärung	842
c) Wirkung und Reichweite des Verzichtes	842
d) Unverzichtbare Ansprüche	843
aa) Ansprüche aus Tarifvertrag	843
bb) Ansprüche aus einer Betriebsvereinbarung	843
cc) Ansprüche aus Gesetz	843
e) Verzichtbare Ansprüche	844
3. Aufklärungs- und Hinweispflichten	844
4. Erzwingbarkeit zur Abgabe einer Ausgleichsquittung	844
5. Ausgleichsquittungen mit besonderen Personengruppen	844
6. Rechtsfolgenbeseitigung der Ausgleichsquittung	845
a) Anfechtung wegen arglistiger Täuschung oder widerrechtlicher Drohung	845
b) Anfechtung wegen Inhalts-, Erklärungs- oder Motivirrtums	845
c) Darlegungs- und Beweislast	846
IV. Abmeldung beim Ausscheiden des Arbeitnehmers	846
1. Meldepflichten gegenüber der Krankenkasse	846
a) Regelfall	846
b) Unterbrechung der Beschäftigung und Auflösung des Arbeitsverhältnisses	846
c) Meldung bei rechtshängiger Kündigungsschutzklage	847
d) Abmeldungsfrist	847
e) Nachträgliche Zahlungen und Meldepflicht	847
f) Meldepflichten und Rückzahlung einer Weihnachtsgratifikation	847
g) Nachträgliche Beitragsforderung	848
h) Vorausbescheinigung des Arbeitsentgeltes	848
2. Die Arbeitsbescheinigung	849
V. Zeugnis	851
1. Rechtsgrundlagen und Funktionen des Zeugnisses	851
2. Voraussetzungen für den Zeugnisanspruch	852
a) Anspruchsberechtigter und Anspruchsverpflichteter	852
b) Fälligkeit	853
c) Zwischenzeugnis	853
d) Form und Inhalt des Zeugnisses	854
aa) Einfaches Zeugnis	854
bb) Qualifiziertes Zeugnis	855
cc) Zeugnissprache	857
dd) Zeugnisform	857
e) Änderung, Neuerteilung und Widerruf des Zeugnisses	858
f) Erlöschen des Zeugnisanspruchs	859
aa) Erfüllung	859
bb) Verjährung, Verzicht, Verwirkung und Ausschlussklauseln	859
3. Gerichtliche Durchsetzung	860

4. Darlegungs- und Beweislast	861
5. Arbeitgeberhaftung	862
6. Checkliste und Muster für die Zeugniserteilung	863
a) Checkliste: Zeugniserteilung	863
b) Zeugnisse	865
7. Klagen	867
§ 8 Die Befristung des Arbeitsvertrages und der Arbeitsbedingungen	869
A. Befristungen nach dem TzBfG	869
I. Befristungen ohne Sachgrund, § 14 Abs. 2 TzBfG	869
1. Kein Zitiergebot	869
a) Unschädliche Angabe eines anderen Befristungsgrundes im Arbeitsvertrag	869
b) Vertraglicher Ausschluss sachgrundloser Befristungen	869
c) Ausschließlich kalendermäßig bestimmte Befristungen	870
2. Neueinstellung, § 14 Abs. 2 S. 2 TzBfG	870
a) Keine frühere Beschäftigung die kürzer als drei Jahre zurückliegt	870
b) Derselbe Arbeitgeber	870
c) Unschädliche Vorbeschäftigung	871
aa) Vorhergehende Berufsausbildung	871
bb) Vorherige freie Mitarbeit	871
3. Gesamtbefristungsdauer von höchstens zwei Jahren, § 14 Abs. 2 S. 1 Hs 1 TzBfG	872
a) Dreimalige Verlängerungsmöglichkeit	872
aa) Unmittelbarer Anschluss	872
bb) Vereinbarung vor Fristende – Zitiergebot	872
cc) Kein Anspruch auf Verlängerung aus Gleichbehandlungsgründen	873
b) Keine Änderung der Vertragsbedingungen	873
aa) Grundsatz	874
bb) Günstigere Vertragsbedingungen	874
cc) Vereinbarung des Tariflohns	875
dd) Teilzeitverlangen – Verlangen auf Verlängerung der Arbeitszeit, §§ 8, 9 TzBfG	875
ee) Vertragsänderungen während der Befristung	875
c) Abweichende tarifliche Regelungen	876
4. Befristungen in neu gegründeten Unternehmen, § 14 Abs. 2 a TzBfG	876
a) Neugründung	876
b) Keine Neugründung	876
c) Vier-Jahreszeitraum	877
d) Verweisung auf § 14 Abs. 2 S. 2 – 4 TzBfG	877
5. Befristungen mit älteren Arbeitnehmern, § 14 Abs. 3 S. 1 TzBfG	877
a) Vollendung des 52. Lebensjahres	878
b) Beschäftigungslosigkeit	878
c) Transferkurzarbeitergeld, Teilnahme an Beschäftigungsmaßnahmen	878
d) 4 Monate Beschäftigungslosigkeit	878
e) Befristungsdauer von 5 Jahren	879
f) Fragerecht des Arbeitgebers	879
6. Kündigung des sachgrundlos befristeten Arbeitsverhältnisses vor Fristablauf ..	879

Inhaltsverzeichnis

7. Darlegungs- und Beweislast	879
a) Zulässigkeit der sachgrundlosen Befristung	879
b) Dauer der Befristung	879
c) Schädliche Vorbeschäftigung	880
d) Vorliegen einer Neugründung	880
e) Behauptung, es liege keine Neugründung vor	880
8. Folgen einer unwirksamen Befristung, § 16 TzBfG	880
a) Voraussetzungen der sachgrundlosen Befristung fehlen	880
b) Fehlende Schriftform, § 14 Abs. 4 TzBfG	880
II. Die Zweckbefristung, §§ 3 Abs. 1 S. 2, 15 Abs. 2 TzBfG	881
1. Unterscheidung Zweckbefristung – auflösende Bedingung	881
2. Der gesetzliche Normfall	881
3. Ausdrückliche Vereinbarung der Zweckbefristung	881
a) Voraussetzungen einer Zweckvereinbarung	881
b) Auslegung einer Parteivereinbarung	881
4. Ende des zweckbefristeten Arbeitsverhältnisses	882
a) Mitteilung des Arbeitgebers nach § 15 Abs. 2 TzBfG	882
b) Schriftform und Inhalt der Unterrichtung	882
5. Die Auslaufrfrist	883
a) Unterrichtung mindestens 2 Wochen vor Zweckerreichung	883
b) Unterrichtung nicht unter Einhaltung der 2-Wochenfrist, aber vor Zweckerreichung	883
c) Keine Mitteilung bis zum Zeitpunkt der Zweckerreichung, Fiktionswirkung des § 15 Abs. 5 TzBfG	883
6. Kündigung	884
7. Zweck- und Zeitbefristung (Doppelbefristung)	884
a) Vorteil einer Doppelbefristung	884
b) Auswirkungen einer unwirksamen Zweckbefristung	884
8. Schriftformerfordernis für den Befristungszweck	884
9. Weiterbeschäftigung nach Kündigungsausspruch	885
a) Allgemeines	885
b) Rechtsnatur	885
aa) Auflösende Bedingung	885
bb) Zweckbefristung	886
10. Klage gem. § 17 TzBfG	886
III. Auflösend bedingte Arbeitsverträge	886
1. Zulässigkeit nach § 21 TzBfG	886
2. Einzelfälle	887
a) Wegfall der Rolle eines Schauspielers	887
b) Eintritt der Erwerbsunfähigkeit	887
c) Fluguntauglichkeit	887
d) Weiterbeschäftigung nach Kündigung	887
e) Ende des Altersteilzeitvertrages bei Möglichkeit die Altersrente in Anspruch zu nehmen	887
3. Beendigung durch Bedingungseintritt	887
a) Mitteilung des Arbeitgebers nach § 15 Abs. 2 TzBfG	888
b) Schriftform und Inhalt der Unterrichtung	888
4. Die Auslaufrfrist	888
5. Kündigung	888
6. Fiktion eines unbefristeten Arbeitsvertrages, § 15 Abs. 5 TzBfG	888

7. Kombination von auflösender Bedingung und Zeitbefristung	888
8. Schriftform für die auflösende Bedingung, § 14 Abs. 4 TzBfG	889
9. Klage über die Wirksamkeit der auflösenden Bedingung	889
10. Klage, ob die auflösende Bedingung eingetreten ist	889
IV. Befristungen mit sachlichem Grund, § 14 Abs. 1 TzBfG	890
1. Nur vorübergehender Beschäftigungsbedarf	890
a) Vorübergehender Bedarf, § 14 Abs. 1 Nr. 1 TzBfG	890
aa) Abbau von Bearbeitungsrückständen	890
bb) Projektbezogener Personalbedarf	891
cc) Drittmittelfinanziertes Forschungsvorhaben	891
dd) Kw-Vermerk	892
ee) Aufgabenübertragung auf Leiharbeitnehmer	892
ff) Saison- und Kampagnebetriebe	893
b) Prognose des Arbeitgebers	893
2. Befristung im Anschluss an eine Ausbildung oder ein Studium, § 14 Abs. 1 Nr. 2 TzBfG	895
a) Erste Beschäftigung nach Ausbildungsende	895
b) Begriff der Ausbildung	895
3. Vertretung eines anderen Arbeitnehmers, § 14 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 TzBfG	896
a) Vertretung für einen verhinderten Arbeitnehmer	896
b) Dauer der Befristung und Vertretungsfall	897
c) Mittelbare Vertretung	897
d) Kausalität zwischen Ausfall und Vertretung	898
e) Kein Anspruch auf unbefristete Beschäftigung bei Wegfall des Vertretungsgrundes	900
f) Doppelbefristungen	900
g) Dauerververtretungen	901
h) Kettenbefristungen	901
4. Eigenart der Arbeitsleistung, § 14 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 TzBfG	902
a) Mitarbeiter von Rundfunk und Fernsehen	902
b) Bühnenbereich	903
c) Sport	903
5. Befristung zur Erprobung, § 14 Abs. 1 Nr. 5 TzBfG	903
a) Vorgeschaltete Probezeit bei unbefristetem Arbeitsverhältnis	904
b) Sachgrundlose Befristung	904
c) Wichtigster Anwendungsbereich	904
d) Befristungsdauer	905
aa) Sechs-Monatsfrist	905
bb) Besonders qualifizierte Tätigkeiten	905
cc) Erprobung im Anschluss an die Ausbildung oder das Referendariat	905
e) Anspruch auf Übernahme in unbefristetes Arbeitsverhältnis	906
f) Vorgeschiebener Befristungsgrund	906
g) Verlängerung der Probezeit	906
6. In der Person des Arbeitnehmers liegende Gründe, § 14 Abs. 1 S. 2 Nr. 6	906
a) Soziale Gründe	907
b) Befristung auf Wunsch des Arbeitnehmers	907
c) Aufenthaltserlaubnis	908
d) Nebenbeschäftigung von Studenten	908
7. Befristung aus haushaltsrechtlichen Gründen, § 14 Abs. 1 S. 2 Nr. 7	908
a) Ungewissheit über zukünftige Mittel	909

Inhaltsverzeichnis

b) Vergütung des Arbeitnehmers aus Haushaltsmitteln	910
c) Einsatz entsprechend der Zwecksetzung	911
d) Vereinbarkeit der Haushaltsbefristung nach § 14 Abs. 1 S 2 Nr. 7 TzBfG mit Unionsrecht	912
8. Befristungen aufgrund gerichtlichen Vergleichs, § 14 Abs. 1 S. 2 Nr. 8 TzBfG	912
a) Gerichtlicher Vergleich	912
aa) Vergleich nach § 278 Abs. 6 S. 1 Alt. 1, S. 2 ZPO	913
bb) Vergleich nach § 278 Abs. 6 S. 1 Alt. 2 ZPO	913
b) Außergerichtlicher Vergleich	914
9. Sonstiger Befristungsgrund	914
a) Keine abschließende Regelung	914
b) Gleichwertige, unbenannte Sachgründe	914
aa) Vertretung bis Vertreter zur Verfügung steht	915
bb) Konkurrentenklage	915
cc) Zukünftiger Einsatz von Leiharbeitnehmern	915
c) Altersgrenzenregelungen	915
aa) Tarifvertragliche oder einzelvertragliche Altersgrenzenregelung	916
bb) Rechtsprechung des EuGH	916
cc) Rechtsprechung des BAG	917
dd) Altersgrenzenregelung mit 65 Jahren	918
ee) Altersgrenzenregelung vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter	919
ff) Ende des Arbeitsverhältnisses wegen Erwerbsunfähigkeit	921
gg) Anspruch auf Weiterbeschäftigung nach Erreichen der Altersgrenze, Neueinstellung	921
d) Kontinuität der BR-Arbeit	921
10. Darlegungs- und Beweislast für Befristungen mit Sachgrund	921
a) Allgemeines	921
b) Zeitpunkt für die Beurteilung des Sachgrundes	922
c) Dauer der Befristung	922
d) Einzelne Fälle	923
aa) Vertretungsfälle	923
bb) In der Person des Arbeitnehmers liegende Gründe	923
11. Folgen einer unwirksamen Befristung, § 16 TzBfG	923
a) Der Sachgrund für die Befristung fehlt	923
b) Fehlende Schriftform, § 14 Abs. 4 TzBfG	924
V. Befristungen einzelner Vertragsbedingungen	924
1. Rechtslage vor 1.1.2002	924
2. Anwendbarkeit des TzBfG	925
3. Kontrolle nach allgemeinen zivilrechtlichen Vorschriften	925
4. Angabe der befristeten Arbeitsbedingungen im Arbeitsvertrag	927
5. Keine Klage nach § 17 TzBfG	927
VI. Beteiligung des Betriebsrats	927
1. Mitbestimmung nach § 99 BetrVG	927
a) Befristete Einstellung	927
b) Befristungsverlängerung	928
c) Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis	928
d) Umfang des Unterrichtsanspruchs des Betriebsrats nach § 99 BetrVG	928
e) Zustimmungsverweigerung	929

2. Beteiligung nach § 102 BetrVG	929
VII. Beteiligung des Personalrats	930
1. Bundespersonalvertretungsgesetz	930
a) Mitbestimmungsrecht bei Befristungen	930
b) Mitbestimmung bei Änderung von Arbeitsverträgen	930
2. Brandenburg, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen ...	931
a) Mitbestimmung bei Einstellung und Befristung	931
b) Verfahren der Mitbestimmung	931
c) Rechtsfolgen bei Verletzung des Mitbestimmungsrechts	932
VIII. Schriftform der Befristungsvereinbarung	932
1. Schriftform der Befristungsabrede	932
a) Befristungsvereinbarung	932
b) Sachgrund	932
c) Zweckbefristung, auflösende Bedingung	933
d) Weiterbeschäftigung nach Kündigung	933
aa) Prozessbeschäftigung	933
bb) Beschäftigung zur Abwendung der Zwangsvollstreckung, Widerspruch nach § 102 Abs. 5 BetrVG	933
2. Verstoß gegen das Schriftformerfordernis, § 16 TzBfG	934
3. Nachträgliche Schriftform	934
4. Treuwidrige Berufung auf den Formmangel	934
IX. Kündigung	935
1. Kündigung des befristeten Arbeitsverhältnisses, § 15 TzBfG	935
a) Ausschluss der ordentlichen Kündigung	935
b) Vereinbarte Kündigungsmöglichkeit, § 15 Abs. 3 TzBfG	935
2. Kündigung bei unwirksamer Befristung	936
a) Arbeitsvertrag auf unbestimmte Zeit, § 16 S. 1 TzBfG	936
b) Kündigungsmöglichkeiten	936
B. Entfristungsklage	936
I. Klage nach § 17 TzBfG	936
II. Geltung für sämtliche Befristungsabreden	937
III. Letzter befristeter Arbeitsvertrag	937
IV. Klageantrag	938
1. Antrag nach § 17 S. 1 TzBfG	938
2. Unzureichende allgemeine Feststellungsklage	938
3. Leistungsklage	939
4. Anwendbarkeit des § 6 KSchG	939
a) Verweisung auf §§ 5 – 7 KSchG	939
b) Antrag bis Schluss der mündlichen Verhandlung erster Instanz	940
c) Fehlender Hinweis durch das Arbeitsgericht	940
5. Zusätzlicher allgemeiner Feststellungsantrag	940
6. Klage auf Weiterbeschäftigung	940
V. Klagefrist des § 17 S. 1 TzBfG	941
1. Geltung für sämtliche Befristungsarten	941
2. Keine Anwendbarkeit der Klagefrist	941
3. Berechnung der Klagefrist	941
a) Zeitbefristung	941
b) Auflösende Bedingung und Zweckbefristung	942
4. Ende der Klagefrist	942

Inhaltsverzeichnis

5. Versäumung der Klagefrist	942
a) Nachträgliche Zulassung	942
b) Fiktionswirkung nach § 17 S. 1 TzBfG iVm § 7 KSchG	942
VI. Klagefrist bei Fortsetzung, § 17 S. 3 TzBfG	942
VII. Klage wegen Zusage auf (Weiter)Beschäftigung	943
C. Befristungen nach HRG und WissZeitVG	943
I. Neue Gesetzeslage seit 18.4.2007	943
II. Persönlicher Geltungsbereich	944
1. Wissenschaftliches und künstlerisches Personal	944
2. Juniorprofessoren, erstmals auf eine Professur berufene Wissenschaftler	944
a) Keine Anwendung des WissZeitVG	944
b) Befristungen nach dem TzBfG	944
3. Studentische Hilfskräfte	945
III. Institutioneller Geltungsbereich, § 1 Abs. 1 S. 1 WissZeitVG	945
IV. Befristung von sachgrundlosen Arbeitsverträgen	945
1. Mitarbeiter ohne Promotion, 1. Qualifikationsphase (Promotionsphase)	945
2. Mitarbeiter mit Promotion, sog. Post-doc-Phase	946
a) Befristungsdauer von 6 bzw 9 Jahren	946
b) Befristungszweck	946
c) Verlängerung der Befristungszeiten, § 2 Abs. 1 S. 2 Hs 2 WissZeitVG	947
d) Verlängerung wegen Kinderbetreuung, § 2 Abs. 1 S. 3 WissZeitVG	947
e) Verlängerung im Einverständnis mit dem/der Mitarbeiter/in, § 2 Abs. 5 WissZeitVG	947
f) Anrechenbarkeit, § 2 Abs. 3 WissZeitVG	948
V. Drittmittelfinanzierung als Sachgrund	949
VI. Zitiergebot, § 2 Abs. 4 WissZeitVG	950
VII. Rechtsfolgen der unwirksamen Befristung	950
D. Befristungen nach dem ÄArbVtrG (Ärzte in der Weiterbildung)	951
I. Persönlicher Geltungsbereich	951
II. Sachlicher Geltungsbereich, § 1 Abs. 1 ÄArbVtrG	951
III. Befristungsdauer, § 1 Abs. 3 S. 1 ÄArbVtrG	951
IV. Unwirksame Befristung	952
E. Befristungen nach § 21 BEEG (Bundeseltern- und Elternzeitgesetz)	952
I. Eigener Sachgrund, § 21 Abs. 1 BEEG	952
II. Verhältnis zu anderen Vorschriften	952
III. Dauer der Befristung, § 21 Abs. 2, 3 BEEG	953
IV. Kündigungsmöglichkeiten, § 21 Abs. 4 BEEG	953
F. Befristungen nach § 6 PflegeZG, § 9 Abs. 6 FPfZG	953
I. Eigener Sachgrund, § 6 PflegeZG	953
II. Dauer der Befristung, § 6 Abs. 2 PflegeZG	953
III. Kündigungsmöglichkeit, § 6 Abs. 3 PflegeZG	953
G. Befristungen nach dem TVöD/TV-L	954
I. Persönlicher Geltungsbereich	954
II. Allgemeine Befristungsregelungen, §§ 30 Abs. 1 S. 2 TVöD, § 30 Abs. 1 S. 2 TV-L	954
III. Befristungsdauer, § 30 TVöD, § 30 TV-L	954
1. Befristungen mit Sachgrund, § 30 Abs. 2 S. 1 TVöD, § 30 Abs. 2 S. 1 TV-L	954

2. Befristungen ohne Sachgrund, § 30 Abs. 3 TVöD, § 30 Abs. 3 TV-L.....	954
IV. Kündigungsmöglichkeiten, §§ 30 Abs. 4 TVöD, § 30 Abs. 4 TV-L.....	955
1. Während der Probezeit, § 30 Abs. 4 2 S. 1 und 2 TVöD, § 30 Abs. 4 S. 1 und 2 TV-L.....	955
2. Nach der Probezeit, § 30 Abs. 5 TVöD, § 30 Abs. 5 TV-L.....	955
V. Befristete Vergabe von Führungspositionen, §§ 31, 32 TVöD, 31, 32 TV-L.....	955
1. Führung auf Probe, § 31 TVöD, § 31 TV-L.....	955
2. Führung auf Zeit, § 32 TVöD, § 32 TV-L.....	956
§ 9 Die Betriebsänderung.....	957
A. Betriebsübergang nach § 613 a BGB.....	957
I. Die RL 2001/23 und § 613 a BGB.....	957
II. Voraussetzungen.....	958
1. Betroffene Arbeitsverhältnisse.....	958
2. Übergang eines Betriebs oder Betriebsteils.....	959
a) Der Betrieb.....	959
aa) Betriebsbegriff.....	959
bb) Betriebsmittelgeprägte und betriebsmittelarme Betriebe.....	960
b) Übergang des Betriebs.....	960
c) Wahrung der Betriebsidentität, Folgen einer Änderung der Identität.....	962
3. Rechtsgeschäft.....	965
a) Übernahmevertrag.....	965
b) Fehlerhaftes Rechtsgeschäft.....	966
c) Veränderung der Rechtsform und öffentlich-rechtliche Funktionsnachfolge.....	966
d) Verlagerung eines Betriebsteils ins Ausland und Leiharbeit.....	968
4. Teilbetriebsübergang.....	968
5. Abgrenzung zur Funktions- und Auftragsnachfolge.....	970
III. Rechtsfolgen.....	973
1. Grundsatz.....	973
a) Übergang von individuellen Rechten und Pflichten.....	973
b) Ausnahmen.....	974
c) Gleichbehandlung und Anpassung.....	975
2. Kollektivrecht.....	975
a) Fortgeltung von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen.....	975
b) Besonderheiten und Regelungen des § 613 a Abs. 1 S. 2 bis 4 BGB.....	976
c) Haustarifvertrag, Gesamt- und Konzernbetriebsvereinbarung.....	978
d) Bezugnahmeklausel und Betriebsübergang.....	978
3. Betriebsrat.....	980
IV. Rechte der Arbeitnehmer.....	980
1. Unterrichtung der Arbeitnehmer.....	980
2. Widerspruchsrecht.....	984
3. Rechtsfolgen der unterbliebenen und fehlerhaften Unterrichtung und Rechtsfolgen des Widerspruchs.....	985
4. Gesamtschuldnerische Haftung.....	987
5. Betriebsübergang und Kündigung.....	988
V. Besonderheiten in der Insolvenz.....	990

Inhaltsverzeichnis

VI. Rechtsschutz	991
1. Klagemöglichkeiten	991
2. Beweislast	992
3. Verwirkung	993
4. Ausschluss- und Verjährungsfristen	994
VII. Betriebsübergang und Mitbestimmung	994
B. Betriebsänderungen nach §§ 111 ff BetrVG	995
I. Betriebsänderung und ihre Voraussetzungen	995
1. Unternehmensgröße	995
2. Vorhandensein eines Betriebsrates	996
3. Begriff der Betriebsänderung	996
a) Betriebsstilllegung und -einschränkung	997
b) Betriebsverlegung	998
c) Zusammenschluss und Spaltung von Betrieben	999
d) Änderungen der Betriebsorganisation, des Betriebszwecks oder der Betriebsanlagen	1000
e) Einführung neuer Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren	1001
II. Rechtsfolgen einer Betriebsänderung	1001
1. Beteiligung des Betriebsrats	1001
a) Unterrichtung	1001
b) Beratung	1003
2. Rechtsschutz des Betriebsrats	1004
3. Rechtsschutz der betroffenen Arbeitnehmer	1005
III. Interessenausgleich und Sozialplan	1008
IV. Einigungsstelle	1009
1. Verhandlung über einen Interessenausgleich	1009
2. Verhandlung über einen Sozialplan	1010
V. Unwirksame Regelungen im Sozialplan und Rechtsschutz	1012
VI. Wirtschaftliche Vertretbarkeit und Über- bzw Unterdotierung eines Sozialplans ..	1013
VII. Rechtsschutz der Arbeitnehmer	1015
VIII. Einschränkungen der Sozialplanpflichtigkeit	1016
IX. Geltung für Tendenzbetriebe und Religionsgemeinschaften	1017
X. Checkliste zur Betriebsänderung	1018
1. Betriebsänderung nach §§ 111 ff BetrVG	1018
a) Unterlagen	1018
b) Anwaltliche Tätigkeit	1018
2. Betriebsübergang nach § 613 a BGB	1019
a) Unterlagen	1019
b) Anwaltliche Tätigkeit	1019
§ 10 Grundzüge der betrieblichen Altersversorgung	1020
A. Rechtsgrundlagen, Begriff und Voraussetzungen der betrieblichen Altersversorgung	1020
I. Lückenhaftigkeit des BetrAVG	1020
II. Betriebliche Altersversorgung nach dem BetrAVG	1021
1. Versorgungszweck	1021
2. Biologisches Ereignis	1023
3. Aus Anlass eines Arbeitsverhältnisses	1024

III. Persönlicher Geltungsbereich des BetrAVG	1025
B. Leistungsformen	1026
I. „Reine“ Versorgungszusage	1026
II. Beitragsorientierte Leistungszusage	1026
III. Beitragszusage mit Mindestleistung	1026
IV. Entgeltumwandlung	1026
V. Umfassungszusagen	1027
C. Durchführungswege	1027
I. Direktzusage	1027
II. Direktversicherung	1027
III. Pensionskasse	1028
IV. Unterstützungskasse	1028
V. Pensionsfonds	1028
D. Begründung von Versorgungszusagen	1028
I. Arbeitsvertrag	1029
II. Gesamtzusage	1029
III. Arbeitsvertragliche Einheitsregelung	1030
IV. Betriebliche Übung	1030
V. Arbeitsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz	1030
VI. Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen und Richtlinien nach dem SprAuG	1033
VII. Zusammentreffen mehrerer Anspruchsgrundlagen oder Zusagen	1033
VIII. Entstehen und Verfall von Ansprüchen auf Leistungen der betrieblichen Altersversorgung	1034
E. Unverfallbarkeit von Zusagen auf Leistungen der betrieblichen Altersversorgung ...	1034
I. Gesetzliche Unverfallbarkeit	1034
1. Unverfallbarkeit vor und nach Inkrafttreten des BetrAVG	1034
2. Zeitpunkt der Erteilung der Zusage	1035
3. Ermittlung der Betriebszugehörigkeit	1037
4. Erlöschen einer Anwartschaft	1039
II. Vertragliche Unverfallbarkeit und Beweislast	1039
1. Vertragliche Regelungen	1039
2. Beweislast	1039
III. Unverfallbarkeit und Insolvenzschutz	1040
IV. Besonderheiten bei der Unverfallbarkeit in einzelnen Durchführungswegen	1040
V. Berechnung von Ansprüchen aufgrund unverfallbarer Versorgungsanwartschaften	1041
1. Grundsatz des § 2 Abs. 1 S. 1 BetrAVG	1041
2. Dienstzeitabhängige Versorgungszusage	1043
3. Invaliden- und Hinterbliebenenleistungen	1043
4. Abweichungen und Beweislast	1044
5. Ratierliche Berechnung bei anderen Durchführungswegen	1045
a) Direktversicherungen	1045
b) Pensionskassen und -fonds	1046
c) Unterstützungskassen	1046
d) Entgeltumwandlungen	1046
e) Beitragszusagen mit Mindestleistung	1046

Inhaltsverzeichnis

VI. Besonderheiten bei vorzeitigem Ausscheiden und vorzeitiger Inanspruchnahme ...	1047
1. Rechtsprechung des BAG	1047
2. Besonderheiten bei der Invaliditäts- und Hinterbliebenenrente	1049
VII. Vorzeitiges Ausscheiden und Veränderungssperre	1049
F. Abfindung und Übertragung von Versorgungsanwartschaften	1050
I. Abfindung von Versorgungsanwartschaften und laufenden Leistungen	1050
II. Übertragung von Versorgungsanwartschaften	1051
III. Auskunftsanspruch	1052
G. Veränderungen von Zusagen auf Leistungen der betrieblichen Altersversorgung	1053
I. Individuelle Änderungen	1053
1. Einzelvertragliche Vereinbarungen und Änderungskündigung	1053
2. Wegfall bzw Störung der Geschäftsgrundlage und Anpassung	1054
3. Widerrufsvorbehalt und Ausschluss eines Rechtsanspruchs	1055
4. Drei-Stufen-Modell der Rechtsprechung	1055
II. Kollektive Änderungen	1058
1. Abändernde Betriebsvereinbarungen und Kündigung von Betriebsvereinbarungen	1058
2. Abändernde Tarifverträge	1059
3. Betriebsübergang	1059
III. Mitbestimmung bei Änderungen und Beweislast	1059
H. Anpassung laufender Leistungen	1060
I. Vertragliche Anpassungspflicht	1060
II. Gesetzliche Pflicht zur Anpassungsprüfung	1061
1. Anwendbarkeit des § 16 BetrAVG	1061
2. Adressat der Anpassungsprüfungspflicht	1061
3. Wirtschaftliche Lage	1062
4. Belange des Versorgungsempfängers und Umfang der Anpassung	1063
5. Darlegungs- und Beweislast	1064
6. Fristen, Nachholen einer Anpassung und nachträgliche Anpassung	1065
I. Gesetzlicher Insolvenzschutz	1065
I. Träger der gesetzlichen Insolvenzsicherung	1065
II. Klagen gegen den Träger der gesetzlichen Insolvenzsicherung	1066
III. Einstandspflicht des Trägers der gesetzlichen Insolvenzsicherung	1066
1. Sicherungsfälle und Rechtsstellung des PSVaG	1066
2. Anspruchszeitraum	1067
3. Umfang des Insolvenzschatzes und Begrenzung der Höhe nach	1067
4. Anrechnung von Leistungen und Forderungs- bzw Vermögensübergang	1069
5. Versicherungsmisbrauch	1069
6. Mitteilungspflicht des PSVaG	1069
7. Besonderheiten im Beitrittsgebiet	1070
J. Rechtsschutz, Verjährung und Vergleichsinhalte	1070
I. Rechtsschutz	1070
II. Verjährung	1073
III. Erledigungsklauseln in Vergleichen	1074
Stichwortverzeichnis	1075

Musterverzeichnis

§ 1 Die vorgegerichtliche Vertretung

Belehrung nach § 12 a ArbGG	73
Ausschluss einer Anrechnung	74
Auflösungsantrag	81
Besondere Bevollmächtigung	84
Erstattung von Anwaltskosten im Widerspruchsverfahren	89
Entbindung von der Weiterbeschäftigungsverpflichtung	107
Vorbehaltserklärung	110

§ 2 Das arbeitsrechtliche Verfahren

Antrag Nachteilsausgleich	147
Entschädigungsantrag nach § 61 Abs. 2 ArbGG	147
Feststellung der Nichtanwendung einer Betriebsvereinbarung auf einen bestimmten Betrieb	179
Zustimmungseretzungsverfahren zur Eingruppierung	179
Eingruppierungsantrag	179
Rechtsmittelverzicht	211
Urteilsergänzung	243
Revisionsantrag	248
Antrag auf Einleitung des Bestellungsverfahrens	290
Überprüfung eines Spruchs der Einigungsstelle	292
Untersagung der Durchführung eines Einigungsstellenspruchs	293
Einstellung der Zwangsvollstreckung	298

§ 3 Der Vergleich im Arbeitsrecht

Aufhebungsvertrag	337
Abwicklungsvertrag	339
Vergleich über arbeitgeberseitige Beendigung des Arbeitsverhältnisses	340

Musterverzeichnis

Vergleich bei tarifvertraglicher Bindung	341
Abfindungsvergleich	341
Vergleich über Regelung offener Zahlungen	343
Antrag auf Zahlung eines bezifferten Betrages	343
Tatsachenvergleich über Urlaubsabgeltung	345
Unwiderrufliche Freistellung	345
Vergleich über die Erteilung eines qualifizierten Zeugnisses	345
Vergleich über die Erteilung von Arbeitspapieren	346
Große Erledigungsklausel	347
Ausgleichsklausel	348
§ 4 Zwangsvollstreckung	
Antrag auf Ausschluss der vorläufigen Vollstreckbarkeit	350
Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	351
Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses	352
Antrag auf Pfändungsschutz	354
Antrag auf Erhöhung des Pfändungsfreibetrages/Pfändungsschutz des Kontoguthabens	354
Antrag auf die Bruttovergütung abzüglich eines bestimmten Nettobetrages	355
Aufforderung nach § 845 Abs. 1 S. 1 ZPO an die Bank	356
Formulierung an den Arbeitgeber	356
Antrag auf Herausgabe einer Sache	357
Antrag auf Herausgabe von Arbeitspapieren	357
Antrag auf Erstellung von Gehaltsabrechnungen	358
Antrag auf Vornahme nicht vertretbarer Handlungen (Weiterbeschäftigung und Erteilung eines Arbeitszeugnisses) unter Androhung von Zwangsmitteln	360
Antrag auf Duldung	362
Antrag auf Unterlassung	362
Antrag auf Einstellung von Vollstreckungsmaßnahmen	363
Beschwerde	364

Vollstreckungsgegenklage	364
Vorläufige Anordnung nach § 769 ZPO	365
Vorläufige Einstellung der Zwangsvollstreckung	365
Drittwiderrspruchsklage	365
Antrag auf Zahlung einer Entschädigung	366
Antrag auf persönlichen Arrest	369

§ 5 Die Anbahnung des Arbeitsverhältnisses

Antrag bei Klage auf Abschluss eines Arbeitsvertrags	379
Ablehnung	393
Ablehnungsschreiben	394
Geltendmachung von Ansprüchen (allgemein)	397
Geltendmachung von Entschädigungs- und Schadensersatzansprüchen nach § 15 Abs. 4 AGG iVm § 15 Abs. 1 und 2 AGG	397
Klage auf Entschädigung nach § 15 Abs. 2 AGG	397
Schadensersatzklage	399
Verfügungsantrag	411
Antrag auf Einstellung	412
Antrag auf Beteiligung am Auswahlverfahren	412
Antrag auf Stellenübertragung	412
Antrag auf Neubescheidung	412
Antrag auf Unterlassung der Stellenbesetzung	412

§ 6 Die Rechte und Pflichten im Arbeitsverhältnis

Vereinbarung der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	416
Vereinbarung des Ruhens des Arbeitsverhältnisses	416
Leistungs-/Feststellungsklage	419
Antrag auf vorläufige Weiterbeschäftigung	419
Feststellung der Unwirksamkeit einer Versetzung	419
Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zur Weiterbeschäftigung	420
Antrag auf Feststellung des Bestehens eines Arbeitsverhältnisses	420

Musterverzeichnis

Leistungs-/Feststellungsklage zur Bestimmung des Arbeitsortes	422
Einstweilige Verfügung	422
Feststellungs-/Leistungsklage zur Bestimmung der Arbeitszeit	429
Einstweilige Verfügung	429
Vereinbarung über Geheimhaltungspflicht	432
Unterlassungsantrag bei Verletzung der Verschwiegenheitspflicht	432
Stufenklage zur Feststellung von Schadensersatzansprüchen	433
Vertraglich vereinbarter Erlaubnisvorbehalt	436
Leistungs-/Feststellungsklage auf Erteilung der Genehmigung einer Nebentätigkeit	437
Antrag auf Unterlassung von Verstößen gegen das Wettbewerbsverbot	440
Antrag auf Erlass des dinglichen Arrests	443
Antrag auf Herausgabe	446
Antrag der Feststellungsklage	455
Überstundenregelung	459
Antrag bei Bruttolohnklage	476
Antrag bei Nettolohnklage	476
Antrag Bruttolohnklage bei teilweise erhaltener Nettozahlung durch den Arbeitgeber	476
Antrag Bruttolohnklage bei erhaltenem Arbeitslosengeld	476
Antrag bei Stufenklage	476
Antrag bei Klage auf zukünftige Leistung	476
Klage auf Feststellung zur Insolvenztafel	476
Antrag Feststellungsklage	477
Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung	477
Antrag bei feststehendem Urlaubszeitraum	507
Antrag ohne Festlegung des Urlaubszeitraumes	507
Antrag einer Feststellungsklage	507
Einstweilige Verfügung	509
Prozessbefristung	518

Antrag bei Klage auf Zahlung von Verzugslohn	520
Betriebsvereinbarung	523
Vertragliche Klausel über die Zuweisung einer anderen Tätigkeit/Versetzung	537
§ 7 Die Änderung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses	
Änderungskündigung	569
Zurückweisung der Kündigung	575
Antrag auf Wiedereinstellung	624
Angaben zu Fehlzeiten und zur Entgeltfortzahlung in der Betriebsratsanhörung	625
Antrag nach § 122 InsO iVm § 126 Abs. 1 S. 1 InsO	687
Verbindung der Anhörung nach § 102 BetrVG mit einem Interessenausgleich	689
Antrag auf Auflösung des Arbeitsverhältnisses	701
Ersetzungs- und Feststellungsantrag	743
Zustimmungsersetzungs- und Feststellungsantrag	745
Antrag auf Unterlassung mit Ordnungsgeldandrohung	749
Leistungsantrag mit Antrag einer Zwangsgeldandrohung	750
Zustimmungsersetzung	780
Klage gegen Kaufmann und Klage gegen Insolvenzverwalter	781
Kündigungsschutzantrag	786
Änderungsschutzklage	788
Antrag auf nachträgliche Zulassung	794
Antrag auf Fortbestand des Arbeitsverhältnisses	797
Allgemeiner Weiterbeschäftigungsantrag	799
Einstweilige Verfügung	800
Weiterbeschäftigungsantrag nach § 102 Abs. 5 BetrVG	800
Einstweilige Verfügung auf betriebsverfassungsrechtlichen Weiterbeschäftigungsanspruch	801
Antrag auf Entbindung von der Weiterbeschäftigungspflicht	802
Antrag auf Wiedereinstellung	804
Antrag für den Arbeitnehmer	811

Musterverzeichnis

Antrag für den Arbeitgeber	811
Klageerhebungsverzicht	841
Widerrufsklausel	841
Verzicht	842
Einfaches Zeugnis	865
Qualifiziertes Zeugnis	865
Qualifiziertes Ausbildungszeugnis	865
Qualifiziertes Zwischenzeugnis	866
Klage wegen Zeugniserteilung	867
Klage wegen Zeugnisberichtigung	867
Vollstreckungsandrohung	868
Zwangsvollstreckungsantrag nach § 888 ZPO	868

§ 8 Die Befristung des Arbeitsvertrages und der Arbeitsbedingungen

Antrag nach befristeter Erhöhung des unbefristeten Teilzeitarbeitsverhältnisses zum Vollzeitarbeitsverhältnis	927
Feststellungsantrag	937
Klageantrag nach § 17 S. 1 TzBfG	938
Unzureichende allgemeine Feststellungsklage	938
Allgemeiner Feststellungsantrag	940
Antrag auf Weiterbeschäftigung	941
Antrag auf Abschluss eines unbefristeten Arbeitsvertrages	943

§ 9 Die Betriebsänderung

Unterrichtung des Arbeitnehmers	983
Widerspruch des Arbeitnehmers	984
Feststellungsklage	991
Kündigungsschutzklage/Klage auf Feststellung des Fortbestands des Arbeitsverhältnisses	991
Antrag des Betriebsrats auf Aufnahme von Verhandlungen, Unterrichtung und Beratung	1004
Antrag auf Einstweilige Verfügung zur Aufnahme von Verhandlungen	1004

Antrag auf Unterlassung der Durchführung einer Betriebsänderung	1005
Antrag auf Nachteilsausgleich	1007
Feststellungsantrag auf Unwirksamkeit des Spruchs der Einigungsstelle	1010
Antrag auf Bestellung des Vorsitzenden der Einigungsstelle	1011
Antrag bei Unwirksamkeit eines Sozialplans	1013
Antrag bei Streit über die Anwendung, den Inhalt und die Auslegung eines Sozialplans	1013
Abfindungsverzicht	1016
 § 10 Grundzüge der betrieblichen Altersversorgung	
Antrag auf Zahlung	1071
Antrag auf künftige Zahlung	1071
Antrag auf Vornahme einer Handlung/Auskunftserteilung	1071
Antrag auf Abgabe einer Willenserklärung	1071
Verschiedene Feststellungsklagen	1072
Feststellungsantrag im Beschlussverfahren	1073